



EUROBAROMETER 67

Öffentliche Meinung in der Europäischen Union

FRÜHJAHR 2007

NATIONALER BERICHT

DEUTSCHLAND

Durchgeführt und koordiniert im Auftrag der Generaldirektion Kommunikation.

Dieser Bericht wurde für die Repräsentanz der Europäischen Kommission in Deutschland angefertigt. Dieses Dokument repräsentiert nicht die Sichtweise der Europäischen Kommission. Die in ihm enthaltenen Interpretationen und Meinungen stellen ausschließlich die Sichtweise des Autors dar.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung

2. Zusammenfassung der Hauptergebnisse

3. Deutsche Ratspräsidentschaft

- 3.1 Kenntnis der Ratspräsidentschaft
- 3.2 EU-Grundlagenvertrag - Vereinbarungen des Brüsseler Gipfels
- 3.3 Die Zukunft der EU wird optimistisch gesehen
- 3.4 EU-Klimapolitik

4. Einschätzung, Image, Kenntnis und Wertschätzung Europas

- 4.1 Wahrnehmung Europas
- 4.2 Mitgliedschaft in der EU
- 4.3. Image der EU und ihrer Institutionen
- 4.4 Persönliche Bedeutung der EU
- 4.5 Demokratie in Europa
- 4.6 Bekanntheit der EU-Institutionen
- 4.7 Was ist der größte Erfolg der Europäischen Integration?
- 4.8 Was erzeugt am ehesten ein Gefühl von Gemeinschaft?

5. Die Hauptinteressen und -sorgen der europäischen Bürger

- 5.1 Wichtigste Probleme Deutschlands und Europas
- 5.2 Globalisierung gestalten
- 5.3 Die EU und die Folgen der Globalisierung
- 5.4 Bereiche der europäischen Integration, die in Zukunft gestärkt werden sollten

6. Nationaler Einfluss und Entscheidungsebenen

- 6.1 Einfluss des eigenen Landes innerhalb der EU
- 6.2 Welche Bereiche sollen national oder europäisch entschieden werden?
- 6.3 Europa der zwei Geschwindigkeiten?

7. Vertrauen in die europäische und nationale Institutionen

- 7.1 Europäische Institutionen

7.2 Nationale Institutionen

8. Unterstützung für zusätzliche Erweiterung der EU

8.1 Einschätzung der Erweiterung

8.2 Zusätzliche Erweiterung der EU

9. Persönliche Situation und Erwartungen

9.1 Zufriedenheit mit dem eigenen Leben

9.2 Erwartungen an die nächsten 12 Monate

9.3 Einschätzung Deutschlands im Vergleich mit den anderen EU-Staaten

10. Wissen und Information über die EU

10.1 Verständnis der Funktionsweise der Europäischen Union

10.2 Quiz

10.3 Informationsstand der Deutschen über die EU

10.4 Spezifisches Wissen über europäische Entscheidungen und Maßnahmen in bestimmten Politikbereichen

10.5 Wissen über Maßnahmen in anderen Ländern

10.6 Informationsquellen

11. Schlussfolgerungen

12. Technische Spezifikationen

13. Fragebögen

Highlights

1. Einleitung

Mit dem Treffen der Staats- und Regierungschefs in Brüssel vom 21. bis 23. Juni in Brüssel ist das letzte Großereignis der deutschen EU-Ratspräsidentschaft zuende gegangen. Dabei ist es der deutschen Ratspräsidentschaft gelungen, die Verfassungskrise zu überwinden und den Vertragsreformprozess der EU erfolgreich fortzusetzen. Das von den Staats- und Regierungschefs beschlossene Mandat für die Regierungskonferenz im Herbst 2007 ist eine bedeutende Grundlage zur Sicherung der Handlungsfähigkeit der EU auf lange Sicht.

Weitere Schwerpunkte der deutschen Ratspräsidentschaft waren

- die Zukunftsfähigkeit des europäischen Wirtschafts- und Sozialmodells
- der Ausbau des europäischen Sicherheits- und Stabilitätsraums
- der Raum der Sicherheit, der Freiheit und des Rechts
- der Kampf gegen den Klimawandel

Die halbjährlichen Standard-Eurobarometer-Umfragen ergeben regelmäßig eine breite Unterstützung der Deutschen wie auch Europäer für europäische Initiativen und Programme in diesen Politikfeldern. Der vorliegende Bericht untersucht diesmal gesondert die Meinung der Deutschen und Europäer zu den Ergebnissen der gerade zu Ende gegangenen Präsidentschaft Deutschlands. Dabei profitierte die deutsche Ratspräsidentschaft auch von allgemeinen Entwicklungen. Die gute konjunkturelle Lage in Deutschland führt zu wachsendem Optimismus in Deutschland und der EU. Die Deutschen stehen der EU aufgeschlossener gegenüber als noch im letzten Herbst. Ein anderes Thema der deutschen Ratspräsidentschaft wurde durch die Ereignisse stark aufgewertet: die Klimapolitik. Vor allem durch die weltweite Diskussion über den Klimabericht der Vereinten Nationen konnte die Bundesregierung zu einem ambitionierten Programm der EU für den Klimaschutz gelangen. Weiterhin ist es während der Ratspräsidentschaft gelungen, die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik im Kern zu stärken und damit einem seit Jahren stabilen Wunsch der Deutschen und Europäer zu entsprechen. Dem ebenfalls in den halbjährlichen Umfragen immer wieder geäußerten Wunsch nach einem ‚europäischen Sozialmodell‘ ist durch die Verabschiedung der Europäischen Sozialcharta entsprochen worden.

Dieses Frühjahrs-Standard-Eurobarometer erfasst 30 Länder: die 27 EU-Mitgliedstaaten, die beiden Bewerberländer (Kroatien und die Türkei) und die türkisch-zypriotische Gemeinschaft, die als Hoheitsgebiet nicht von der Republik Zypern kontrolliert wird. Die Umfrage wurde von der Generaldirektion Kommunikation der Europäischen Kommission in Auftrag gegeben und von TNS Opinion & Social, einem Konsortium aus TNS und EOS Gallup Europe, durchgeführt.

Die Befragung wurde zwischen dem 10. April und dem 15. Mai 2007 durchgeführt.

Da die Befragung für das Standard Eurobarometer 66 im Herbst 2006 stattgefunden hat, wurden die EU Durchschnitte für die damalige Welle aufgrund der Ergebnisse der damals 25 Mitgliedstaaten ausgerechnet. Für die derzeitige Welle wird dieser Durchschnitt aufgrund der Ergebnisse der 27 Mitgliedstaaten ausgerechnet. Dabei wurde die Methodik der Generaldirektion Kommunikation (Referat

“Meinungsumfragen und Medienauswertung”) für die Standard-Eurobarometer-Umfragen angewandt. Diesem Bericht ist ein technischer Hinweis zur Durchführung der Interviews durch die Institute des TNS Opinion & Social-Netzwerks beigefügt.

2. Zusammenfassung der Hauptergebnisse

Kenntnis der Ratspräsidentschaft

- Zum Erhebungszeitraum hatten 74% der Deutschen von der Ratspräsidentschaft gehört.
- Unabhängig davon, ob die Befragten von der Präsidentschaft gehört hatten oder nicht, hielten 30% der Deutschen den Vorsitz für sehr wichtig, 46% für wichtig und 14% für nicht sehr wichtig.

EU-Grundlagenvertrag - Vereinbarungen des Brüsseler Gipfels

Verfassung

- 66% (+3 Pp) der Europäer und 78% (+5 Pp) der Deutschen wollen eine Verfassung für die Europäische Union. In keinem Land überwiegt die Zahl der Verfassungsgegner. In Frankreich (68%, +2 Pp) und den Niederlanden (55%, -4 Pp) gibt es stabile Mehrheiten für eine Europäische Verfassung.

Reform der Abstimmungsmodalitäten und Mitspracherechte der nationale Parlamente

- 41% (+6 Pp) der Deutschen glauben, dass ihre Stimme in der EU „zähle“. Europaweit waren das 35% (+1 Pp).
- 86% (-4 Pp) der Deutschen und 66% (-2 Pp) der Europäer glauben, dass Deutschlands Stimme in der EU zählt. In Polen waren 68% (+1 Pp) der Befragten der Meinung, dass die Stimme ihres Landes innerhalb der EU zähle.
- 54% (+17 Pp) der Deutschen und 52% (+10 Pp) der Europäer glauben an wachsenden Einfluss ihres Landes.
- 54% (+16%) der Deutschen und 45% (+7 Pp) der Europäer halten ihre Interessen in der EU gut vertreten.
- 75% (+3 Pp) der Europäer und 66% (+2 Pp) der Deutschen haben den Eindruck, dass die größten Mitgliedsstaaten auch am meisten Einfluss besitzen.

Ausstiegsregeln aus spezifischen Politikfeldern

- 47% (+10 Pp) der Europäer und 59% (+16 Pp) der Deutschen finden, dass diejenigen Länder, die einen schnelleren Integrationsfortschritt wünschen, sich in bestimmten Politikbereichen zusammenschließen dürfen sollten.

Außen- und Sicherheitspolitik

- Die Mehrheit der Europäer (72%, +4 Pp) und 84% (+7 Pp) der Deutschen wünschen sich eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik.
- Das gilt auch für das Amt selbst. 69% (+4 Pp) der Europäer und 75% (+5 Pp) der Deutschen sind für einen Europäischen Aussenminister.

Grundrechtecharta

- Jeder vierte Europäer (25%) und 28% der Deutschen sehen soziale Fragen als eine zukünftige wichtige Aufgabe der Europäischen Union.

Flagge und Hymne

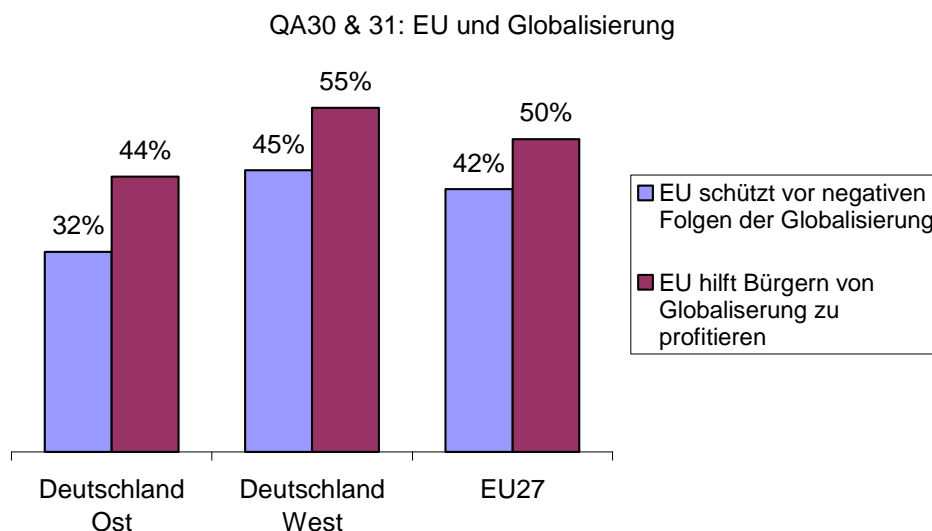
- 95% (+3 Pp) der Europäer und 99% (+1 Pp) der Deutschen kennen die EU-Flagge. 91% (+6 Pp) der Deutschen und 85% der Europäer (+5 Pp) halten die Flagge für ein gutes Symbol für die Europäische Union.

Die Zukunft der EU wird optimistisch gesehen

- Die Europäer (69%) und Deutschen (75%) sehen optimistisch in Europas Zukunft.
- 54% der Deutschen und 51% der Europäer glauben, dass die Europäische Union in 50 Jahren einen direkt gewählten Präsidenten haben wird.
- Dass der Euro in 50 Jahren stärker als der Dollar sein wird, erwarten 61% der Europäer und 67% der Deutschen.
- Ebenfalls eine Mehrheit der Deutschen (60%) und Europäer (56%) erwartet, dass die Europäische Union eine eigene Armee haben wird.

EU-Klimapolitik

- 91% der Deutschen und 88% der Europäer finden, dass der Klimawandel dringend entsprechendes politisches Handeln von Seiten der EU erfordert. 92% der Deutschen und 89% der Europäer halten es für dringend notwendig, dass die Europäische Union Maßnahmen ergreift, um den CO₂-Ausstoß um mindestens 20% zu senken.



Wahrnehmung Europas

- Für Deutsche und Europäer ist die EU ‚modern‘ (D: 65%, +5 Pp / EU27: 70%, +3 Pp) ‚demokratisch‘ (D: 72%, +2 Pp / EU27: 70%, +3 Pp), ‚beschützend‘ (D:

59%, +10 Pp / EU27: 57%, +4 Pp), ineffizient' (D: 45%, -8 Pp / EU27: 37%, -6 Pp) und ‚technokratisch‘ (D: 58%, +/-0 Pp / EU27: 48%, -1 Pp).

Mitgliedschaft in der EU

- Für die Deutschen (65%, +7 Pp) wie Europäer (57%, +4 Pp) ist die Mitgliedschaft ihres Landes in der Europäischen Union eine gute Sache.

Image der EU und ihrer Institutionen

- Das Ansehen der EU ist in Deutschland (52%, +10 Pp) und Europa (52%, +6 Pp) seit der vorherigen Befragung im Herbst 2006 gestiegen.
- 79% der Deutschen (+5 Pp) und Europäer (77%, +1 Pp) billigen dem Europäischen Parlament eine wichtige Rolle zu. Auch Europäischen Kommission wird für Deutsche (70%, +4 Pp) und Europäer (72%, +2 Pp) wichtiger.

Persönliche Bedeutung der EU

- Persönlich bedeutet die EU für Deutsche nach wie vor die Freiheit, überall in der Union zu reisen, zu arbeiten und studieren zu können (D: 56%, -1 Pp / EU27: 52%, +2 Pp). Der Euro ist ebenfalls ein wichtiges Symbol Europas (D: 53%, +3 Pp / EU27: 39%, +/-0 Pp), genauso die Erhaltung des Friedens, (D: 48%, -6 Pp / EU27: 33%, +/- 0 Pp).

Demokratie in Europa

- Europaweit glauben lediglich 35% (+1 Pp) das ihre Stimme in der Europäischen Union zähle (D: 41%, +5 Pp).

Bekanntheit der EU-Institutionen

- 93% der Deutschen (+1 Pp) und 89% der Europäer (-1 Pp) kennen das Europäische Parlament, die Europäische Kommission kennen 82% (+3 Pp) der Deutschen und 82% (+/-0 Pp) der Europäer. Vom Rat der Europäischen Union haben immerhin noch 72% (+9 Pp) der Deutschen und 68% (+4 Pp) der Europäer gehört. Weithin bekannt ist die Institution des Euros, die Europäische Zentralbank, in Deutschland (87%, +2 Pp) und in Europa (75%, +3 Pp).

Was ist der größte Erfolg der Europäischen Integration?

- Für Deutsche (56%, +1 Pp) wie Europäer (39%, -4 Pp) ist der größte Erfolg der Europäischen Integration der Frieden zwischen den Mitgliedsstaaten. An zweiter Stelle kommt der Freie Verkehr von Personen und Gütern (Deutschland: 41%, +1 Pp, Europa: 32%, +2 Pp)

Was erzeugt am ehesten ein Gefühl von Gemeinschaft?

- 27% der Europäer insgesamt und 33% der Deutschen sehen das Entstehen eines europäischen Wir-Gefühls vor allem als Folge wirtschaftlicher Integration. Für die Deutschen folgt danach die Kultur (27%), Sport (24%) und die Solidarität mit ärmeren Regionen (21%). In Europa insgesamt folgen der Wirtschaft gleichauf die Kultur (27%) und die europäische Geschichte (21%).

Wichtigste Probleme Deutschlands und Europas

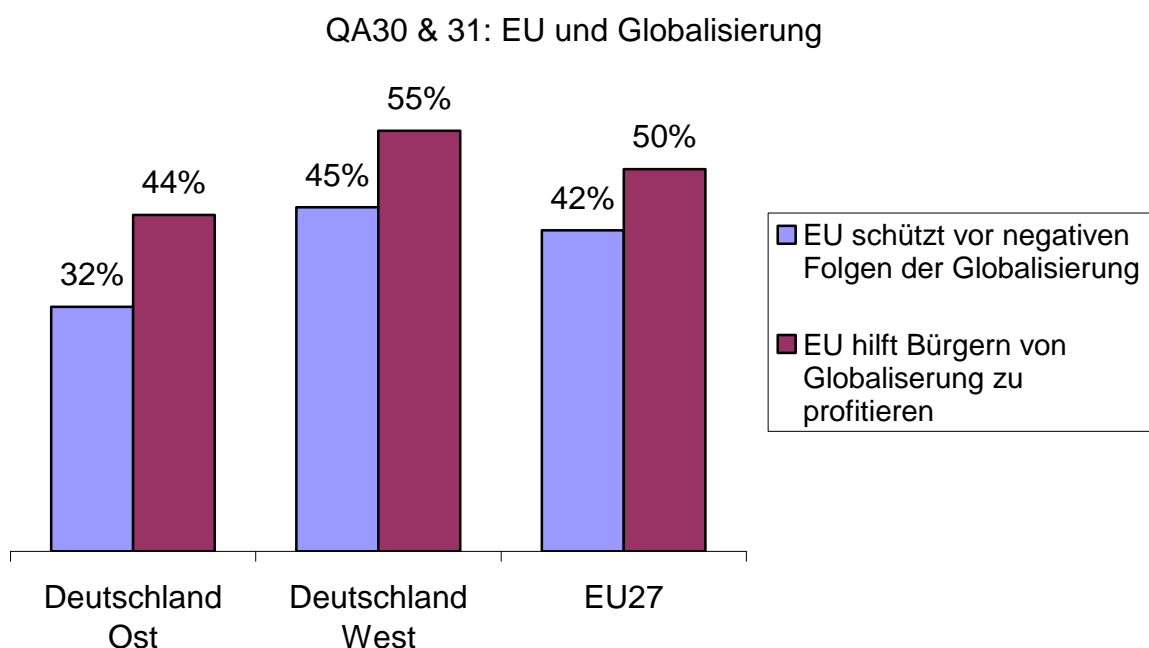
- Nach wie vor das vordringlichste Problem vor dem Deutschland steht, ist nach Ansicht der Befragten die Arbeitslosigkeit (58%, -12 Pp). Europaweit sehen 34% (-6 Pp) Arbeitslosigkeit als wichtigstes Problem ihres Landes an. An zweiter Stelle der Herausforderungen steht für die Deutschen die Reform des Gesundheitswesens (20%, +/-0 Pp), gefolgt vom Bildungssystem (18%, +6 Pp). In Europa folgt der Arbeitslosigkeit mit 24% (+1 Pp) Kriminalität und die wirtschaftliche Situation (20%, -3 Pp).

Globalisierung gestalten

- Der Begriff ‚Globalisierung‘ ist für eine Mehrheit der Deutschen inzwischen positiv besetzt. 51% (+14 Pp). Europaweit liegt dieser Wert bei 46% (+5 Pp). Für die wenigsten Deutschen verbindet sich der Begriff der Globalisierung allerdings mit der Chance auf Investitionen ausländischer Firmen im eigenen Land (7%, -1 Pp). Dass deutsche Firmen Niederlassungen in anderen Ländern gründen können, sehen 30% (+12 Pp) der Deutschen als Chance. Vor allem aber befürchten Deutsche 46% (-5 Pp) wie Europäer 35% (-2 Pp) die Verlagerung von Arbeitsplätzen in Länder mit geringeren Lohnkosten.

Die EU und die Folgen der Globalisierung

- Die Europäische Union hilft ihren Bürgern, von der Globalisierung zu profitieren, glauben 50% der Europäer und 53% (+7 Pp) der Deutschen.



Bereiche der europäischen Integration, die in Zukunft gestärkt werden sollten

- Für die europäischen Bürger steht der Umweltschutz mit 34% an erster Stelle, gefolgt vom Kampf gegen die Kriminalität (33%) und Einwanderungsfragen. Weitere Schwerpunkte der EU in den kommenden Jahren sollten aus Sicht der Europäer die Energiepolitik (25%) und soziale Fragen (25%) sein.
- Für die Deutschen steht der Umweltschutz mit 45% ganz oben, gefolgt vom Kampf gegen die Kriminalität (37%), Energie (36%), Einwanderung (30%) und sozialen Fragen (28%).

Einfluss des eigenen Landes innerhalb der EU

- 54% (+17 Pp) der Befragten glauben, dass Deutschland in Zukunft an Einfluss gewinnen werde. Europaweit sind das 52% (+10 Pp).
- Das die eigene Stimme in der EU zähle, glauben 86% (+2 Pp) der Deutschen und 66% (-2 Pp) der Europäer.

Welche Bereiche sollen national oder europäisch entschieden werden?

- Auf nationaler Ebene sollten Fragen der Besteuerung (D: 69%, -2 Pp / EU27: 68%, -1 Pp), der Arbeitslosigkeit (D: 60%, -2 Pp / EU27: 58%, -1 Pp), der Bildung (D: 57%, -12 Pp / EU27: 64%, -4 Pp), Renten (D: 83%, +/-0 Pp / EU27: 72%, -2 Pp), der Gesundheit und des Sozialen (D: 71% , -3 Pp / EU27: 66%, -2 Pp) entschieden werden.
- Auf europäischer Ebene sollte Fragen der Kriminalität (D: 77%, +5 Pp / EU27: 60%, +1 Pp), des Terrorismus: (D: 89%, +1 Pp / EU27: 81%, +2 Pp), der Verteidigung und Auswärtige Angelegenheiten (D: 73%, -1 Pp / EU27: 62%), der Immigration (D: 61%, +5 Pp / EU27: 59%, +2 Pp), des Umweltschutz (D: 85%, +9 Pp / EU27: 69%, +4 Pp) und der Energiepolitik: (D: 72%, +6 Pp / EU27: 61%, +1 Pp) entschieden werden.

Vertrauen in europäische Institutionen

- Dem Europäischen Parlament trauen 58% (+5 Pp) der Deutschen und 56% (+4 Pp) der Europäer.
- Das Vertrauen in die Europäische Kommission steigt europaweit leicht an (52%, +4 Pp). Das gilt auch für Deutschland (49%, +7 Pp).
- Dem Europäischen Rat vertrauen 47% (+4 Pp) der Europäer und 46% (+7 Pp) der Deutschen.
- Der Europäischen Zentralbank vertrauen 65% der Deutschen (+5 Pp) und 53% (+6 Pp) der Europäer.

Vertrauen in nationale Institutionen

- Eine knappe relative Mehrheit der Europäer misstraut der Presse ihrer Länder (48%, -1 Pp). In Deutschland sehen 51% (-1 Pp) die Berichterstattung der Presse kritisch.
- Im Gegensatz zur gedruckten Presse kommt das Radio in Hinsicht auf das Vertrauen der Menschen gut weg. Europaweit vertrauen diesem Medium 66% (+3 Pp) der Befragten. In Deutschland beträgt die Zahl 69% (+4 Pp).
- Auch dem Fernsehen vertrauen mehr Menschen als der Presse. In Deutschland 62% (+5 Pp) und in Europa 58% (+5 Pp).
- 39% (+4 Pp) der Befragten in Europa und 33% (+4 Pp) in Deutschland dem vertrauen dem Internet als Informationsquelle.
- Einen erstaunlichen Zuwachs an Vertrauen haben europaweit (41%, +11 Pp) und in Deutschland (49%, +22 Pp) die nationalen Regierungen erfahren.
- Auch die nationalen Parlamente haben einen bedeutenden Zuwachs an Vertrauen zu verzeichnen. Europaweit steigt dieser Wert von 33% auf 44%. In Deutschland gewinnt der Bundestag gar um 20 Pp auf 51%.

Einschätzung der Erweiterung

- Immerhin beinahe jeder fünfte Deutsche (18%) gibt an, dass die Erweiterung einen positiven Einfluss auf die EU gehabt habe.

Zusätzliche Erweiterung der EU

- Generell scheint die Bereitschaft der Europäer (49%, +3 Pp) und auch der Deutschen (34%, +4 Pp) für erneute Erweiterungen der EU zu steigen. Eine Mehrheit lehnt eine Erweiterung ab (59%, -5 Pp).

Zufriedenheit mit dem eigenen Leben

- Deutsche (86%, +4 Pp) und Europäer (80%, -2 Pp) sind zufrieden mit dem Leben, dass sie führen.

Erwartungen an die nächsten 12 Monate

- Für die kommenden 12 Monate sehen die meisten Deutschen keine großen Veränderungen in ihrem persönlichen Leben voraus. 62% (+/-0 Pp) glauben, dass alles bleibt, wie es ist. Europaweit herrscht ebenfalls leichter Optimismus. 37% (+2 Pp) der Befragten EU-Bürger gehen davon aus, dass ihr Leben sich im nächsten Jahr verbessern wird.
- 41% der Deutschen (+18 Pp) erwartet eine wachsende Wirtschaft. In Europa ist der Optimismus nicht ganz so groß: 28% (+8 Pp) erwarten eine positive Entwicklung der eigenen Volkswirtschaft.

- Auch die Entwicklung der finanziellen Situation des eigenen Haushaltes wird von den Deutschen (18%, +5 Pp) und Europäern (27%, +2 Pp) optimistischer eingeschätzt als noch im Herbst 2006.
- 44% (+20 Pp) der Deutschen glauben, dass die Arbeitslosigkeit sinkt . Europaweit erwarten 31% (+9 Pp) eine Verbesserung der Lage.
- In den nächsten fünf Jahren wird sich ihre persönliche Situation verbessern, glauben 30% (+4 Pp) der Deutschen und 43% (+2 Pp) der Europäer.

Einschätzung Deutschlands im Vergleich mit den anderen EU-Staaten

- 64% (+17 Pp) halten die deutsche Volkswirtschaft für leistungsfähiger als die der anderen EU-Staaten. Europaweit halten 38% (-3 Pp) ihre eigene Ökonomie für momentan leistungsfähiger als die der anderen Mitgliedsstaaten.
- 40% (+23 Pp) der Deutschen halten die eigene Jobsituation für besser als in im EU-Schnitt. Europaweit liegt dieser Durchschnitt bei 32% (+2 Pp).
- 61% (+1 Pp) der Deutschen glauben, trotz aller Reformen und Leistungsbeschränkungen, den leistungsfähigsten Sozialstaat in der EU zu besitzen.
- Eine Mehrheit (57%, +1 Pp) der Deutschen denkt, dass das eigene Bildungssystem nicht mit anderen konkurrieren könne. Europaweit sind immerhin 39% (-1 Pp) von der Güte des eigenen Bildungssystems überzeugt.
- Die Deutschen sind sich sicher, dass es sich an wenigen Orten in der EU so gut leben lässt, wie in Deutschland (67%, +6 Pp).

Verständnis der Funktionsweise der Europäischen Union

- Jeder zweite Deutsche glaubt, die Funktionsweise der Europäischen Union zu verstehen. Europaweit glauben das von sich 43% der Befragten.

Informationsstand der Deutschen über die EU

- 72% der Deutschen und 75% der Europäer glauben nicht, dass ihre Landsleute gut über die Europäische Union informiert sind.

Kenntnis über europäische Entscheidungen und Maßnahmen

- 68% der Deutschen und 69% der Europäer glauben nicht, dass die Bevölkerungen ihrer Länder gut über die Steuerpolitik der EU informiert ist. Ähnlich schlechte Kenntnisse unterstellen die Befragten bei den Themen verbrechensbekämpfung (D: 62% / EU27: 68%), Arbeitslosigkeit (D: 66% / EU 72%), Terrorismus (D: 38% / EU27: 29%), Verteidigungs- und Aussenpolitik (D: 61% / EU: 69%), Einwanderung (D: 71% / EU27: 70%) und auch für den Umweltschutz. Allerdings sind in diesem Politikfeld die Zahlen derer, die

glauben, dass ihre Landsleute gut informiert sind, ein wenig höher (Deutschland 43%, Europa: 31%).

- Was die EU im Bereich Gesundheitsfürsorge tut, ist den meisten Deutschen (66%) und Europäern (68%) weitgehend unbekannt. Ebenso ihre Aktivitäten in der Landwirtschaftspolitik (Deutschland: 70%, Europa: 69%), im Verbraucherschutz (Deutschland: 63%, Europa: 69%), in der Forschungspolitik (Deutschland: 69%, Europa: 74%), bei der Unterstützung der Regionen (Deutschland: 71%, Europa: 74%), in der Energiepolitik (Deutschland: 61%, Europa: 68%), in der Wettbewerbspolitik (Deutschland: 70%, Europa: 73%), im Transportwesen (Deutschland: 57%, Europa: 65%) oder im Wirtschaftsbereich (Deutschland: 59%, Europa: 68%).

Wissen über Maßnahmen in anderen Ländern

- 73% der Deutschen glauben nicht, dass ihre Landsleute oder sie selbst gut über die Maßnahmen der anderen Mitgliedsländer auf verschiedenen Politikgebieten informiert sind.

Informationsquellen

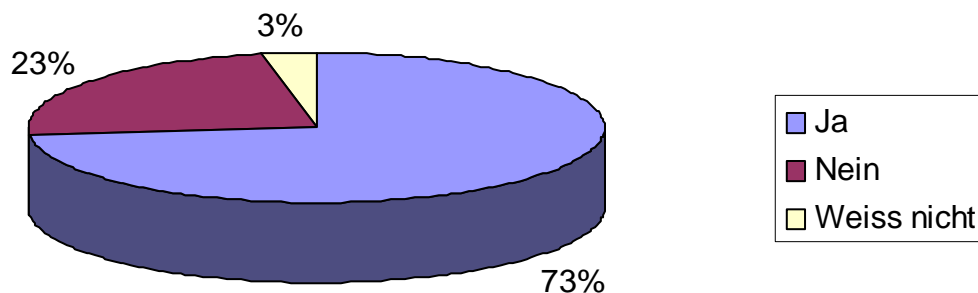
- Deutsche und Europäer informieren sich über die Europäische Union vor allem durch das Fernsehen (Deutschland: 79%, -3 Pp, Europa: 63%, -70 Pp), Tageszeitungen (Deutschland: 62%, +/- 0 Pp, Europa: 41%, +/-0 Pp), Radio (Deutschland: 34%, -13 Pp, Europa: 26%, -5 Pp), Internet (Deutschland: 30%, +5 Pp, Europa: 28%, +5 Pp) und in Diskussionen mit Verwandten und Freunden (Deutschland: 23%, -8 Pp, Europa: 21%, -1).

3. Deutsche Ratspräsidentschaft

3.1 Kenntnis der Ratspräsidentschaft

Zum Erhebungszeitraum (10 April – 15 Mai 2007) hatten 74% der Deutschen von der deutschen Ratspräsidentschaft gehört. Unabhängig davon, ob die Befragten von der Präsidentschaft gehört hatten oder nicht, hielten 30% der Deutschen den Vorsitz für sehr wichtig, 46% hielten ihn für wichtig, 14% für nicht sehr wichtig und 4% für überhaupt nicht wichtig.

QA44a: Haben Sie kürzlich von der deutschen Ratspräsidentschaft gehört?



3.2 EU-Grundlagenvertrag - Vereinbarungen des Brüsseler Gipfels

Reform des Europäischen Rats

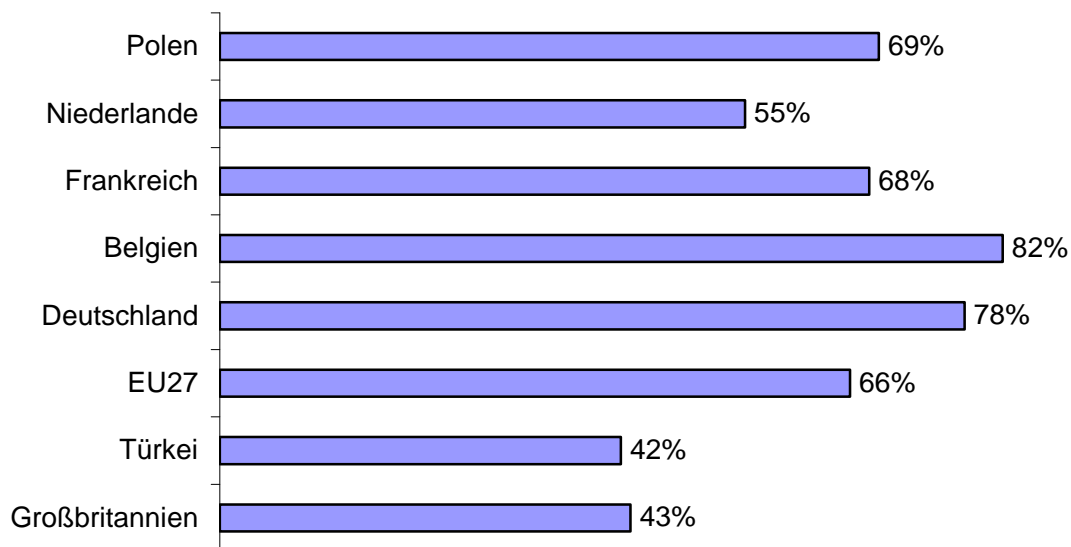
In Zukunft soll der europäische Präsident zweieinhalb Jahre amtiert, also fünfmal solange wie bisher. Die Präsidentschaft des normalen Ministerrates sollen wie bisher alle halbe Jahr wechseln. Eine längere Amtszeit würde die Person des Ratspräsidenten bekannter machen und der EU ein Gesicht geben. Zum Befragungszeitraum, also gut ein Vierteljahr nach Beginn der deutschen Ratspräsidentschaft, wußte immer noch gut ein Viertel der deutschen Befragten nicht, dass Deutschland die Ratspräsidentschaft innehat (23%). Abgesehen davon, ob sie davon gehört hatten, dass Deutschland den Präsidenten des Europäischen Rat stellt oder nicht, bewertete eine Mehrheit von 76% die Präsidentschaft als sehr wichtig. Der Stellenwert des Amtes ist den Deutschen also bewußt – die Verlängerung der Amtszeit müsste also in ihrem Sinn sein.

Verfassung

Das zentrale Projekt der deutschen Ratspräsidentschaft war die Wiederbelebung des Verfassungsprozess, der nach den negativen Referenden in den Niederlanden und Frankreich zum Erliegen gekommen war. Dieses Vorhaben wurde am Anfang der Präsidentschaft als schwieriges bis unmögliches Unterfangen betrachtet. Die Unterstützung der Europäer allerdings hat eine Verfassung für Europa in wachsendem Mass. 66% (+3 Pp) der Europäer wollen eine Verfassung für die Europäische Union, wobei es bei dieser Frage nicht um den tatsächlichen Inhalt des

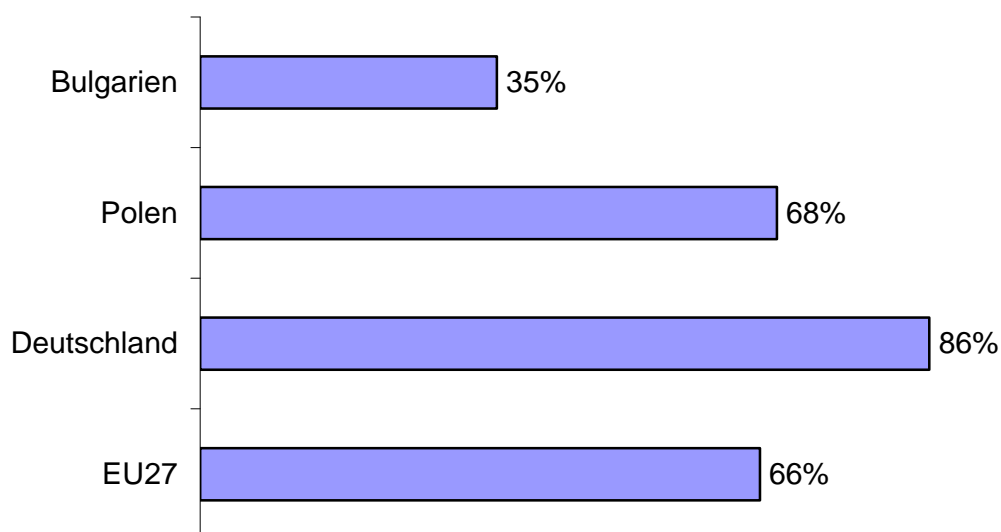
vorliegenden Vertrages sondern um das Prinzip einer europäischen Verfassung an sich geht. In Deutschland unterstützen 78% (+5 Pp) der Befragten eine Verfassung. Die eifrigsten Befürworter einer europäischen verfassung finden sich in Belgien (82%, +1 Pp), die größten Skeptiker in Großbritannien (43%, +/-0) und der Türkei (43%, -5 Pp). In keinem Land überwiegt die Zahl der Verfassungsgegner. In Frankreich (68%, +2 Pp) und den Niederlanden (55%, -4 Pp) gibt es nun seit zwei Jahren stabile Mehrheiten für eine europäische Verfassung seit den gescheiterten Referenden.

QA27: Unterstützung einer Verfassung



Reform der Abstimmungsmodalitäten und Mitspracherechte nationaler Parlamente
 Ab 2014 gilt die sogenannte „doppelte Mehrheit“ innerhalb der Europäischen Union. Danach ist eine qualifizierte Mehrheit mit 55% der Staaten erreicht, wenn diese 65%

QA34a6: Die Stimme meines Landes zählt in der EU



der EU-Bevölkerung repräsentieren. Dieser Punkt galt als möglicher Grund für ein Scheitern des Gipfels, hatte Polen doch eine Änderung der „doppelten Mehrheit“ zugunsten mittlerer Staaten gefordert. Die Orientierung europäischer Entscheidungsverfahren an der tatsächlichen Bevölkerungszahl ist ein Schritt in Richtung mehr Demokratie. Tatsächlich befanden schon vor dem Gipfel 41% (+6 Pp) der Deutschen, dass ihre Stimme in der EU „zähle“. Europaweit waren das 35% (+1 Pp). Am besten vertreten fühlen sich die Niederländer (53%, -2 Pp). In Polen glaubten 38% (+2 Pp) der Befragten, dass ihre Stimme in Europa zähle, allerdings war immer noch eine relative Mehrheit von 49% (-6 Pp) der gegenteiligen Ansicht. 86% (-4 Pp) der Deutschen glauben, dass Deutschlands Stimme in der EU zählt. Europaweit sind das 66% (-2 Pp). Aber auch in Polen waren 68% (+1 Pp) der Befragten der Meinung, dass die Stimme ihres Landes innerhalb der EU zähle. Wesentlich dramatischer ist dagegen der Meinungswandel in Griechenland: Nur noch 42% (-18 Pp) glauben, dass ihr Land in der EU mitbestimmen kann, während 57% (+23 Pp) der gegenteiligen Meinung sind. Eine ähnliche negative Wende ist in Zypern geschehen: 48% (-12 Pp) glauben, dass ihr Land eine wichtige Rolle in der EU spielt, während mittlerweile 41% (+14 Pp) der gegenteiligen Auffassung sind. Die Deutschen sind sehr optimistisch, dass Deutschland in Zukunft eine wichtigere Rolle in der EU spielen wird – möglicherweise ein Indiz, dass die Reformpläne der EU-Abstimmungspläne einer weiteren Bevölkerungsschicht bekannt sind. 54% (+17 Pp) glauben an einen Zugewinn an Einfluss. Aber auch die Befragten in Polen glauben an einen Zugewinn an Einfluss (70%, +5 Pp). Und in Griechenland glauben 60% (+8 Pp) an eine größere Rolle in der Zukunft. Insgesamt ist die Stimmung optimistisch: 52% (+10 Pp) der Europäer glauben, dass ihr Land eine größere Rolle in der zukünftigen EU spielen wird.

Der neue Grundlagenvertrag verleiht den nationalen Parlamenten ausdrücklich ein Einspruchsrecht gegen beabsichtigte Rechtsakte der EU, falls diese aus ihrer Sicht nationale Zuständigkeiten verletzen. Auch das Europaparlament erfährt eine Stärkung: in Zukunft ist das Parlament dem Ministerrat in den Beratungen des EU-Haushaltes gleichgestellt. Das ihre Interessen in der EU gut vertreten werden, fanden 54% (+16%) der Deutschen und 45% (+7 Pp) der Europäer. Auch in Polen ist nichts von einem Gefühl der Übervorteilung zu spüren: eine relative Mehrheit von 45% (+9 Pp) der Polen hat den Eindruck, dass die polnischen Interessen in der EU gut vertreten sind.

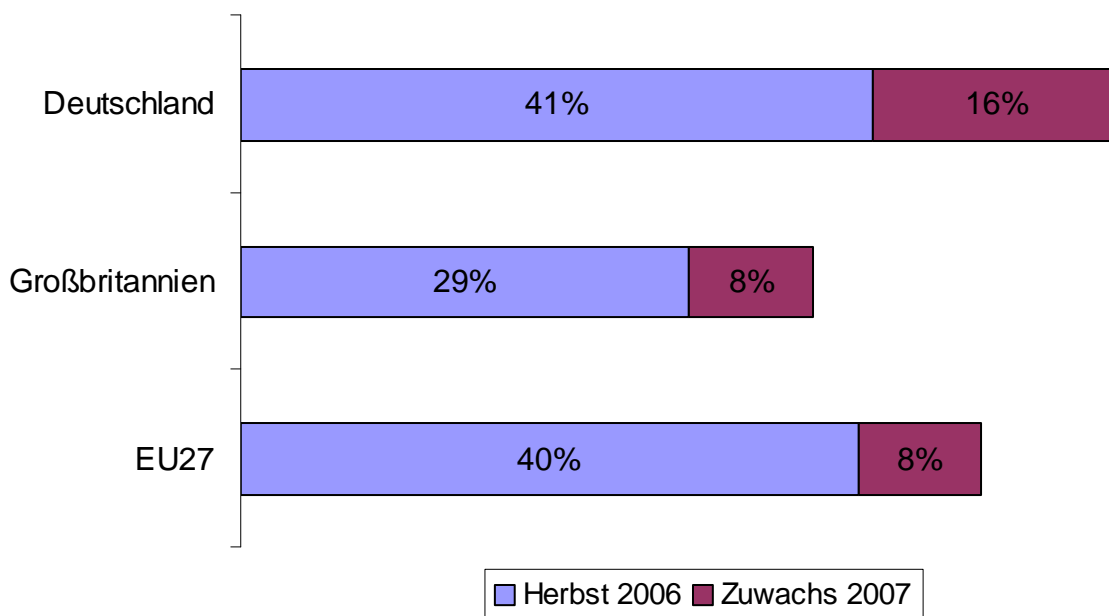
75% (+3 Pp) der Europäer haben den Eindruck, dass die größten Mitgliedsstaaten auch am meisten Einfluss besitzen. Diese Wahrnehmung ist am meisten ausgeprägt in Finnland (94%, +1 Pp), Zypern (88%, +3 Pp), Lettland (87%, +4 Pp), Tschechische Republik (88%, +1 Pp), Spanien (85%, +19 Pp (!)), Griechenland (87%, -3 Pp), Dänemark (86%, +3 Pp), Schweden (85%, -4 Pp), Slovenien (85%, +1 Pp), Portugal (85%, +6 Pp), Niederlande (85%, -2 Pp) und Ungarn (85%, +6 Pp). Aber auch in Deutschland sind 66% (+2 Pp) der Befragten dieser Ansicht.

Ausstiegsregeln aus spezifischen Politikfeldern

Großbritannien verlangte kurz vor dem Gipfel einige grundlegende Änderungen in den gemeinschaftlichen Politikfeldern Inneres und Justiz sowie Sozialpolitik. Um den Gesamterfolg des Gipfels nicht zu gefährden wurden für solche Staaten, denen der Vergemeinschaftungsprozess zu schnell geht, Ausnahmeregelungen geschaffen. Aber auch die Länder, die eine schnellere Integration wünschen, können nun vorangehen. De Facto wurde damit das Prinzip eines Europas der verschiedenen Geschwindigkeiten gestärkt. 47% (+10 Pp) der Europäer sind der Meinung, dass diejenigen Länder, die einen schnelleren Integrationsfortschritt wünschen, sich in

bestimmten Politikbereichen – analog dem Schengenabkommen, der Eurozone u.a. – zusammenschließen dürfen sollten. In Deutschland sind 59% (+16 Pp) dieser Meinung (zuletzt fragte das Eorobarometer 1994 danach). Die Frage, ob die Geschwindigkeit der Integration in einer Gruppe von Ländern schneller von statten gehen sollte als in anderen, beantworteten 57% (+16 Pp) der Deutschen mit Ja. Auch in Europa ist eine relative Mehrheit von 48% (+8 Pp) für ein Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten. Selbst in Großbritannien sind mittlerweile 37% (+8 Pp) für verschiedene Integrationsgeschwindigkeiten. Allerdings sind immer noch

QA27: Ein Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten



44% (-5 Pp) dagegen.

Außen- und Sicherheitspolitik

Die Mehrheit der Europäer wünschen sich weiter eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (72%, +4 Pp). Dagegen sind es in Deutschland sogar 84% der Befragten, die sich für eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (Deutschland 84%, +7 Pp) aussprechen. Interessanterweise ist auch in Großbritannien eine Mehrheit 52% (+4 Pp) für eine gemeinsame europäische Aussenpolitik. Diese europäische Tendenz gilt auch für das Amt selbst. 69% (+4 Pp) der Europäer und 75% (+5 Pp) der Deutschen sind für einen Europäischen Aussenminister. Auch in Großbritannien sprechen sich 57% (+4 Pp) für dieses Amt aus. Die befragten Europäer (61%) und Deutschen (72%) sind sich darüber hinaus sicher, dass in 50 Jahren von jetzt an die Europäische Union eine führende diplomatische Kraft in der Welt sein wird. Lediglich die Kroaten sind diesbezüglich skeptisch: 37% glauben an eine zentrale diplomatische Rolle, 46% tun dies nicht.

Grundrechtecharta

Die Grundrechtecharta ist auf Druck Großbritanniens nicht mehr Teil der Verträge (allerdings wird sie durch einen Verweis im Dokument für alle Staaten ausser Großbritannien als bindend erklärt). Jeder vierte Europäer (25%) und 28% der Deutschen sehen soziale Fragen als eine zukünftige wichtige Aufgabe der

Europäischen Union. In Großbritannien sieht das immerhin noch jeder fünfte Bürger so (21%).

Flagge und Hymne

Bereits 1985 einigte sich die EU auf die Europa-Flagge, Hymne sowie den alljährlich stattfindenden Europatag als Symbole für die Europäische Gemeinschaft. Daran wird sich auch in Zukunft nichts ändern. Sind sie doch fest im Bewusstsein der meisten Europäer verankert. 95% (+3 Pp) der Europäer und 99% (+1 Pp) der Deutschen kennen die EU-Flagge. 91% (+6 Pp) der Deutschen und 85% der Europäer (+5 Pp) halten die Flagge für ein gutes Symbol für die Europäische Union. Ebenfalls eine komfortable Mehrheit der Deutschen (86%, +12 Pp) und 78% (+7 Pp) der Europäer denken, dass die Flagge für etwas Gutes steht. Das finden im Übrigen auch die Niederländer (80%, +9 Pp). 54% (+3 Pp) der Europäer können sich mit dem gelben Sternenkrans auf blauem Grund identifizieren. In Deutschland beträgt diese Zahl 67% (+8 Pp). Mit 74% (+7 Pp) ist die Identifikation in der Slowakei am größten und mit 20% (-4 Pp) in der Türkei am geringsten.

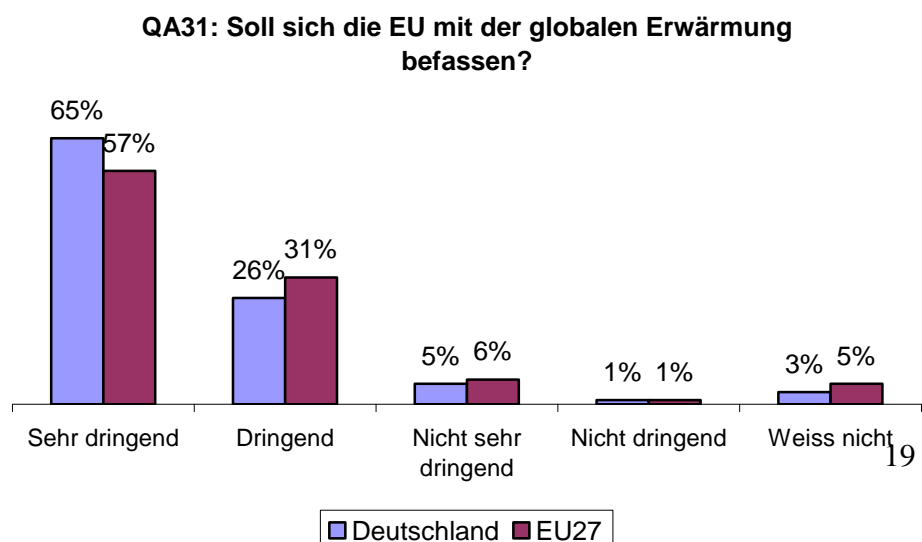
3.3 Die Zukunft der EU wird optimistisch gesehen (QA37)

Die Europäer (69%) und Deutschen (75%) sehen optimistisch in Europas Zukunft. Diese Zuversicht ziehen Deutsche wie Europäer aus einer aus ihrer Sicht alles in allem guten europäischen Vergangenheit. Den 50. Jahrestag der Römischen Verträge verbinden die befragten Deutschen vor allem mit dem Begriff Hoffnung (58%). Europaweit ist das ähnlich (49%). Die Befragten des aktuellen Eurobarometers 67 sehen die Union auf einem guten Weg, die gemachten Pläne auch zu verwirklichen. 54% der Deutschen und 51% der Europäer glauben, dass die Europäische Union in 50 Jahren einen direkt gewählten Präsidenten haben wird. Das die EU ökonomisch stagnieren oder gar hinter anderen ökonomischen Schwerpunktregionen zurückfallen wird, glauben nur 31% der Europäer und Deutschen. Skeptisch sind vor allem Griechen (48%), Zyprioten (56%), Slovenen (41%), Briten (45%) und Kroaten (46%). Dass der Euro in 50 Jahren stärker als der Dollar sein wird, erwarten 61% der Europäer und 67% der Deutschen. Ebenfalls eine Mehrheit der Deutschen (60%) und Europäer (56%) erwartet, dass die Europäische Union eine eigene Armee haben wird.

3.4 EU-Klimapolitik

Auf dem EU-Klimagipfel im März wurden ehrgeizige Ziele zur CO2-Reduktion beschlossen.

Diese politische Grundsatzentscheidung der europäischen Staats- und Regierungschefs kann sich auf breite Unterstützung der europäischen Bürger berufen.



91% der Deutschen und 88% der Europäer finden, dass der Klimawandel dringend entsprechendes politisches Handeln von Seiten der EU erfordert. 92% der Deutschen und 89% der Europäer halten es für dringend notwendig, dass die Europäische Union Maßnahmen ergreift, um den CO₂-Ausstoß um mindestens 20% zu senken.

4. Einschätzung, Image, Kenntnis und Wertschätzung Europas

Ganz allgemein fällt auf, dass sich die Einschätzung und das Image Europas verbessert haben. Die möglichen Gründe sind vielfältig: Die Feiern zum 50. Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge brachten die EU verstärkt in das Bewusstsein der Bürger, ebenso die deutsche Ratspräsidentschaft, die die Regierung dazu noch verpflichtete, die EU besser ihren Bürgern zu erklären. Drittens fand eine stärkere Medienberichterstattung zur Ratspräsidentschaft und EU-Thematik statt, die auch eine starke mediale Auseinandersetzung mit Geschichte und Funktionieren Europas beinhaltete. Nicht zu vergessen ist der Einfluss des allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwungs in Deutschland und Europa.

4.1 Wahrnehmung Europas

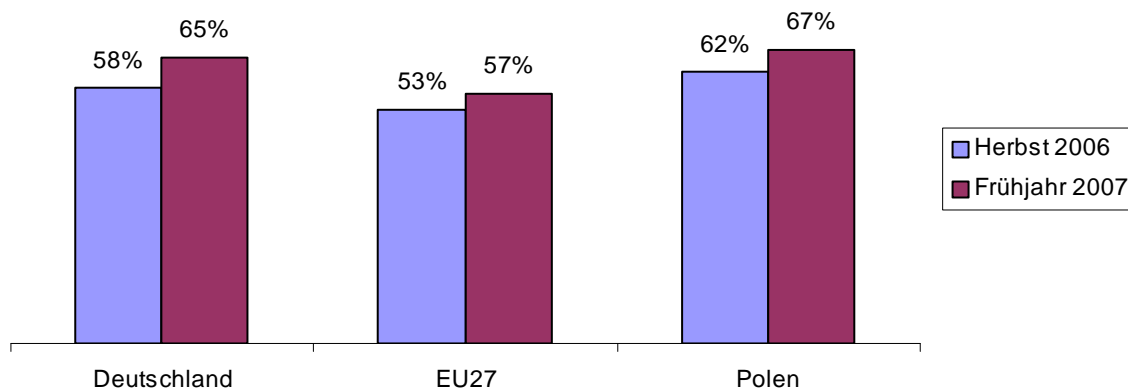
Vor einem Jahr wurden die EU-Bürger zum letzten Mal befragt, wie sie die Europäische Union wahrnehmen. Dabei wurden Begriffe wie ‚modern‘ (deutsche Zustimmung 65%, +5 Pp / europäische Zustimmung 70%, +3 Pp), ‚demokratisch‘ (deutsche Zustimmung 72%, +2 Pp / europäische Zustimmung 70%, +3 Pp), ‚beschützend‘ (deutsche Zustimmung 59%, +10 Pp / europäische Zustimmung 57%, +4 Pp), ‚ineffizient‘ (deutsche Zustimmung 45%, -8 Pp / europäische Zustimmung 37%, -6 Pp) und ‚technokratisch‘ (deutsche Zustimmung 58%, +/-0 Pp / europäische Zustimmung 48%, -1 Pp) abgefragt.

Je nach beruflichem Hintergrund variieren die Einschätzungen zur "Effizienz" der EU. So nehmen z.B. Studenten die EU nicht als ineffizient wahr, (36% ineffizient vs. 39% effizient), während Selbstständige (49% vs. 30%), Manager (57% vs. 34%) und Angestellte (55% vs. 34%) die EU als eher ineffizient ansehen. Damit unterscheiden sich die Deutschen von ihren europäischen Kollegen. Europaweit schneidet die EU unter dem Stichwort "Effizienz" besser ab. Studenten nehmen die EU nicht als ineffizient wahr (32% vs 53%), ebenso Selbstständige (39% vs. 48%), Manager (45% vs. 47%) und Angestellte (41% vs. 49%).

4.2 Mitgliedschaft in der EU

Die Deutschen halten die Mitgliedschaft ihres Landes in der Europäischen Union mehrheitlich für eine gute Sache (65%, +7 Pp). 57% (+4 Pp) der Europäer sehen das

QA9a: Die Mitgliedschaft unseres Landes ist eine gute Sache

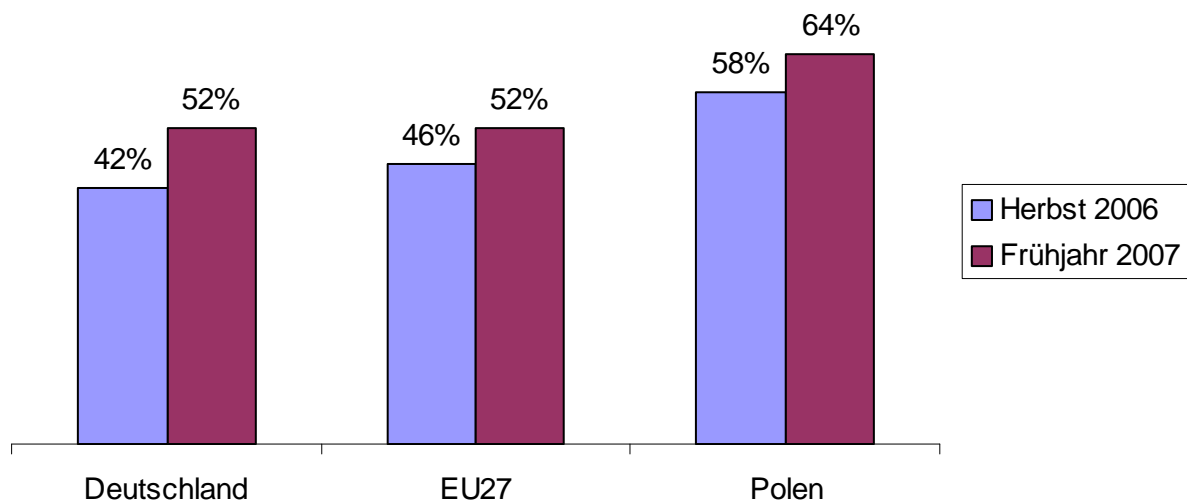


genauso. 57% (+8 Pp) der Deutschen glauben, das Deutschland von der Mitgliedschaft in der EU profitiert hat. Europaweit sehen das 59% (+5 Pp) so. Das ihre Länder von der Mitgliedschaft in der EU nicht profitiert haben, glauben vor allem Ungarn (52%, +7 Pp) und Briten (44%, -3 Pp).

4.3. Image der EU und ihrer Institutionen

Das Ansehen der EU ist in Deutschland seit der vorherigen Befragung im Herbst 2006 beträchtlich gestiegen und zwar um 10 Pp auf 52%. Auch europaweit hat die EU ein besseres Image als noch vor einem halben Jahr (52%, +6 Pp). Über drei Viertel der Deutschen billigen dem Europäischen Parlament eine wichtige Rolle zu (79%, +5 Pp). Europaweit sehen das die meisten Befragten ähnlich (77%, +1 Pp). Auch die Europäische Kommission wächst in den Augen der Deutschen (70%, +4 Pp) und Europäer (72%, +2 Pp) in ihrer Bedeutung. Der Rat der Europäischen Union ist den Menschen weniger bekannt, also billigen sie dieser zentralen Institution auch eine etwas weniger wichtige Rolle zu (Deutschland: 60%, +4 Pp, Europa: 62%, +2 Pp). Die Europäische Zentralbank erreicht bezüglich ihrer Bedeutung unter den Deutschen (83%, +4 Pp) und Europäern (73%, +2 Pp)

QA11: Image der Europäischen Union



Spitzenwerte.

4.4 Persönliche Bedeutung der EU

Gefragt, was die Europäische Union für sie persönlich bedeutet, setzen die Deutschen nach wie vor die Freiheit überall in der Union zu reisen, zu arbeiten und studieren zu können (56%, -1 Pp) an erste Stelle. Als Symbol des vereinigten Europas ist der Euro für die Deutschen von zentraler Wichtigkeit (53%, +3 Pp). Aber auch der größte Erfolg der europäischen Integration, die Wahrung des Friedens in einem der historisch unfriedlichsten Räume der Welt über mittlerweile 50 Jahre, ist für die Deutschen nicht vergessen (48%, -6 Pp). Allerdings assoziieren die Deutschen auch eher Negatives mit der EU, so zum Beispiel ausufernde Bürokratie (39%, +2 Pp), oder Geldverschwendung (37%), wobei hier die Kritik nachlässt (-6 Pp). Auch die Angst vor mehr Kriminalität durch weitere europäische Integration

(32%, -3 Pp) lässt nach und die Angst, dass weitere wirtschaftliche Vergemeinschaftungen zu mehr Arbeitslosigkeit führen könnte, schwindet sogar – möglicherweise parallel zur guten deutschen Konjunktur – stark (24%, -10 Pp). Europaweit assoziieren die Bürger ebenfalls die Freiheit zu reisen, zu arbeiten und zu studieren am stärksten mit der Europäischen Union (52%, +2 Pp). Darauf folgt der Euro als Symbol (39%, +/-0 Pp) und Frieden (33%, +/- 0 Pp).

4.5 Demokratie in Europa

Immer wieder wird in den Eurobarometer-Umfragen danach gefragt, wie jeder Bürger sich ganz persönlich in der Gemeinschaft vertreten fühlt, ob er glaube, dass seine Stimme in Europa zähle. Vor allem in Deutschland – und noch einmal besonders ausgeprägt in Ostdeutschland - sanken diese Werte in den letzten Jahren bedenklich ab. Die Reform des Abstimmungsverfahrens auf dem gerade zu Ende gegangenen EU-Gipfels ist auch deshalb eine gerade für bevölkerungsreiche Länder wichtige

Veränderung. Europaweit glauben lediglich 35% (+1 Pp) der Befragten, dass ihre Stimme in der Europäischen Union zähle. Vom demokratischen Funktionieren der Union sind vor allem Belgier (53%, +/-0 Pp), Dänen (52%, +2 Pp), Luxemburger (53%, -3 Pp) und Niederländer (53%, -2 Pp) überzeugt. In Deutschland stiegen die Zahlen jener nun wieder, die glauben, dass ihre Stimme in Europa zähle (41%, +5 Pp). Allerdings wurde dieser Anstieg durch die Befragten in Westdeutschland verursacht (45%, +7 Pp), während die Ostdeutschen, nach einem kleinen Zwischenanstieg bei der vorherigen Befragung, nach wie vor mit großer Mehrheit glauben, dass ihre Stimme in Europa eher nicht zähle (67%, +5 Pp).

4.6 Bekanntheit der EU-Institutionen

Die europäischen Institutionen sind selbstverständlicher Teil des politischen Lebens innerhalb der EU und entsprechend bekannt. 93% der Deutschen (+1 Pp) und 89% der Europäer (-1 Pp) kennen das Europäische Parlament. Am wenigstens bekannt ist das Parlament in der Türkei, wo jeder vierte Befragte noch nicht davon gehört hat (26%, +5 Pp). Die Europäische Kommission kennen 82% (+3 Pp) der Deutschen und 82% (+/-0 Pp) der Europäer. Wiederum am unbekanntesten ist die Kommission in der Türkei (33%, +6 Pp). Vom Rat der Europäischen Union haben immerhin noch 72% (+9 Pp) der Deutschen und 68% (+4 Pp) der Europäer gehört. Weithin bekannt ist die Institution des Euros, die Europäische Zentralbank, in Deutschland (87%, +2 Pp) und in Europa (75%, +3 Pp). Vor allem in Großbritannien wissen mit 44% der Befragten erstaunlich viele Menschen nichts von einer solchen Institution.

4.7 Was ist der größte Erfolg der Europäischen Integration?

Für Deutsche (56%, +1 Pp) wie Europäer (39%, -4 Pp) ist der größte Erfolg der Europäischen Integration der Frieden zwischen den Mitgliedsstaaten. An zweiter Stelle kommt der Freie Verkehr von Personen und Gütern (Deutschland: 41%, +1 Pp, Europa: 32%, +2 Pp)

4.8 Was erzeugt am ehesten ein Gefühl von Gemeinschaft?

Der große europäische Einiger in den Augen der Europäer ist nach wie vor die Wirtschaft. 27% der Europäer insgesamt und 33% der Deutschen sehen das

Entstehen eines europäischen Wir-Gefühls vor allem als Folge wirtschaftlicher Integration. Für die Deutschen folgt danach die Kultur (27%), Sport (24%) und die Solidarität mit ärmeren Regionen (21%). In Europa insgesamt folgen der Wirtschaft gleichauf die Kultur (27%) und die europäische Geschichte (21%).

5. Die Hauptinteressen und -sorgen der europäischen Bürger

5.1 Wichtigste Probleme Deutschlands und Europas

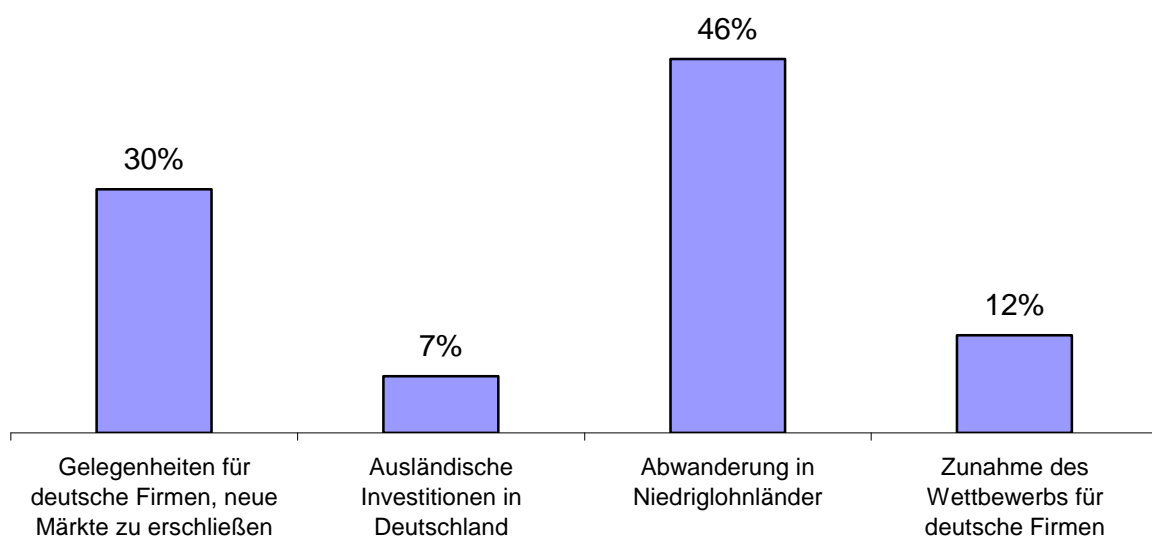
Nach wie vor das vordringlichste Problem vor dem Deutschland steht, ist nach Ansicht der Befragten die Arbeitslosigkeit. Allerdings hat die anspringende Konjunktur auch bei dieser Frage Wirkung gezeigt und eine Abnahme der Dringlichkeit um 12 Pp auf 58% bewirkt. Europaweit sehen 34% (-6 Pp) Arbeitslosigkeit als wichtigstes Problem ihres Landes an. An zweiter Stelle der Herausforderungen steht für die Deutschen die Reform des Gesundheitswesens (20%, +/-0 Pp), gefolgt vom Bildungssystem (18%, +6 Pp). In Europa folgt der Arbeitslosigkeit mit 24% (+1 Pp) Kriminalität und die wirtschaftliche Situation (20%, -3 Pp).

5.2 Globalisierung gestalten

Der Begriff ‚Globalisierung‘ ist für eine Mehrheit der Deutschen inzwischen positiv besetzt. 51% (+14 Pp). Europaweit liegt dieser Wert bei 46% (+5 Pp). Auch der Begriff „Freier Handel“ ist für 85% (+8 Pp) der Deutschen und 76% (+5 Pp) der Europäer positiv besetzt. Ebenso Wettbewerb (Deutschland: 80%, +7 Pp, EU: 73%, +4 Pp) oder auch der Begriff ‚Reformen‘ (Deutschland: 61%, +8 Pp, EU: 64%, +5 Pp).

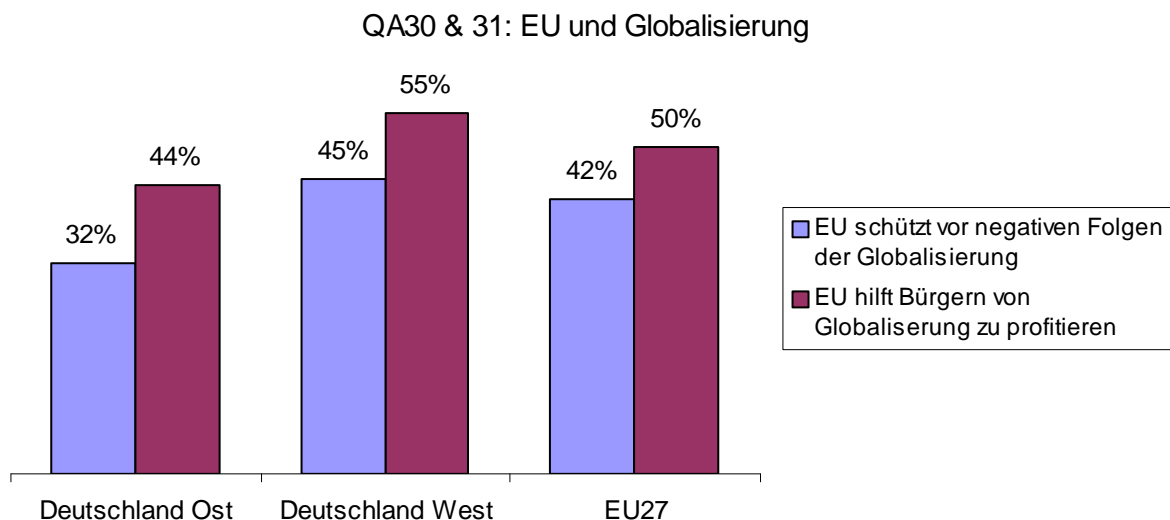
Für die wenigsten Deutschen verbindet sich der Begriff der Globalisierung allerdings mit der Chance auf Investitionen ausländischer Firmen im eigenen Land (7%, -1 Pp). Diese Chance der Globalisierung sehen immerhin doppelt soviel der Befragten europaweit. Dass deutsche Firmen Niederlassungen in anderen Ländern gründen können, sehen 30% (+12 Pp) der Deutschen und 22% (+6 Pp) der Europäer als Chance. Vor allem aber befürchten Deutsche 46% (-5 Pp) wie Europäer 35% (-2 Pp) die Verlagerung von Arbeitsplätzen in Länder mit geringeren Lohnkosten.

QA29: Assoziationen beim Begriff "Globalisierung"



5.3 Die EU und die Folgen der Globalisierung

Die Fähigkeit der Europäischen Union Globalisierung zu gestalten und ihren Bürgern zu ermöglichen, vom weltweiten Prozess der Öffnung zu profitieren. davon ist mittlerweile eine relative Mehrheit der Europäer überzeugt (42%, +1 Pp). Die deutschen Befragten stimmen dieser Auffassung zwar zunehmend zu, allerdings ist immer noch eine relative Mehrheit nicht der Auffassung, dass die EU ihre Bürger von den negativen Folgen der Globalisierung bewahrt. Auffällig ist vor allem die gegenläufige Trendveränderung in Ost und West. Während in Westdeutschland mittlerweile 45% (+10 Pp) in der EU tatsächlich einen Dämpfer gegen die Kehrseite der Globalisierung sehen, nehmen die befragten Ostdeutschen den Trend andersherum wahr: Nur noch 32% (-7 Pp) glauben an einen positiven Effekt der EU. Andersherum gefragt, wird die Rolle der EU positiver gesehen. Immerhin 53% (+7 Pp) der Deutschen glauben, dass die EU ihren Bürgern dabei hilft, von den positiven

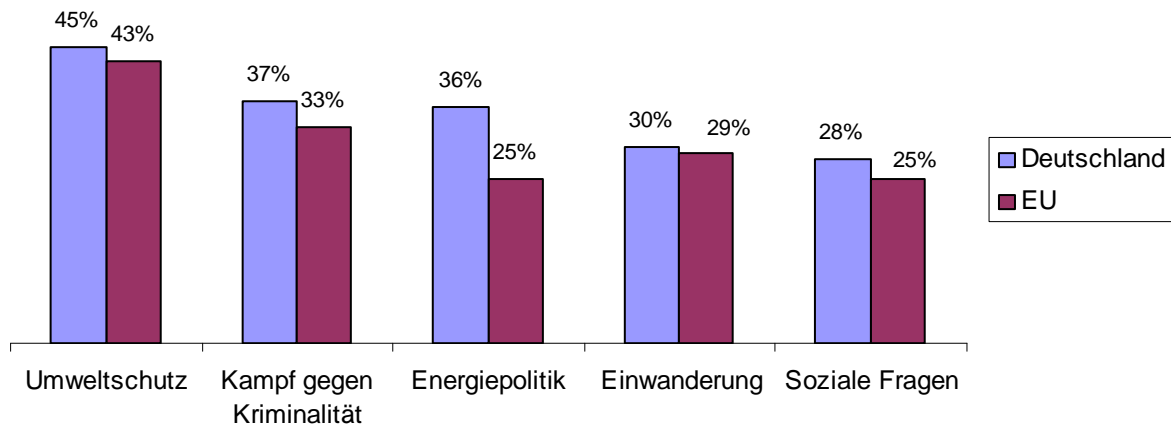


Folgen der Globalisierung zu profitieren. Auch hier wird der gesamtdeutsche Optimismus von den befragten aus dem westlichen Teil Deutschlands getrieben (55%, +9 Pp) während in Ostdeutschland die Zahl der Optimisten leicht abnimmt (44%, -1 Pp), die Zahl der Pessimisten aber steigt (49%, +6 Pp). Europaweit sieht jeder zweite Befragte die Chancen, die die EU ihren Bürgern bietet. Am optimistischen sind Dänen (71%), Polen (60%, -3 Pp) und Schweden (69%, +5 Pp). Am wenigsten an eine unterstützende Rolle der EU glauben – aus sicherlich ganz unterschiedlichen Motiven – Kroaten (42%, +13 Pp), Österreicher (41%, +2 Pp), Luxemburger (43%, -1 Pp), Franzosen (54%, +9 Pp) und Griechen (52%, +10 Pp).

5.4 Wo die Europäische Integration in Zukunft gestärkt werden soll

Unter Punkt 3.) wurde nach den Dingen, Bereichen, Elementen Europas gefragt, die am ehesten zu einem europäischen Gemeinschaftsgefühl beitragen könnten. Die Europäische Union und ihre Institutionen können in vielem lediglich unterstützend wirken. Im aktuellen Eurobarometer wurden die Bürger gefragt, welche Bereiche die Union und ihre Institutionen bevorzugt angehen sollten, um die EU stärker zu machen. Für die europäischen Bürger steht der Umweltschutz mit 34% an erster Stelle, gefolgt vom Kampf gegen die Kriminalität (33%) und Einwanderungsfragen. Weitere Schwerpunkte der EU in den kommenden Jahren sollten aus Sicht der Europäer die Energiepolitik (25%) und soziale Fragen (25%) sein. Für die Deutschen steht der Umweltschutz mit 45% ganz oben, gefolgt vom Kampf gegen die Kriminalität (37%), Energie (36%), Einwanderung (30%) und sozialen Fragen (28%).

QA41: Gewünschte zukünftige Schwerpunkte



Datenschutz

In jedem Eurobarometer werden eines oder mehrere spezielle Themen aufgegriffen und abgefragt. Im aktuellen Eurobarometer ist es das Thema Datenschutz.

Schutz persönlicher Daten in privaten Datensammlungen (Unternehmen) durch nationales Recht

Die Mehrheit der Deutschen glaubt nicht, dass die Daten von Bürgern in den privaten Datensammlungen von Unternehmen ausreichend durch nationales Recht geschützt sind (59%). EU-weit glauben 47%, dass das jeweilige Landesrecht die privaten Daten der Bürger nicht ausreichend schützt. Vor allem Schweden (54%), Niederländer (54%), Finnen (58%), Österreicher (56%), Malta(?) (57%), Dänen (64%), und Belgier (58%) sehen ihre Daten durch nationales Recht gut geschützt. Am kritischsten sehen die Situation Bulgaren (60%), Ostdeutsche (69%), Griechen (68%), Letten (63%) und Litauer (60%) – sie glauben nicht an einen ausreichenden Rechtsschutz ihrer persönlichen Daten.

Persönlicher Informationsstand Datenschutz

Allerdings liegt es nahe, ein Gefühl der Verunsicherung über den Umgang mit persönlichen Daten mit einem mangelndem Informationsstand zu verbinden. 60% der Europäer halten sich selbst für über Gesetze, Regeln und Bestimmungen im Datenschutz schlecht informiert. In Deutschland geben sogar 63% an, wenig über die Bestimmungen des Datenschutz in Deutschland zu wissen. In Ostdeutschland ist diese Zahl noch höher (69%)

Einschätzung von Datensammlungen durch Behörden

Wenn es um den Kampf gegen Verbrechen und Terrorismus geht, ist eine relative Mehrheit der Deutschen und der Europäer bereit, Einschränkungen im Datenschutz hinzunehmen. 42% der Deutschen halten einen staatliches Eindringen in private Datensammlungen in diesem Fall für vertretbar und im Vergleich zum Nutzen, nur für eine geringe Unannehmlichkeit. 38% der Bürger allerdings sind strikt gegen staatliche Überwachung privater Datensammlungen. Im gesamten Europa ist die Zahl der Überwachungsgegner kleiner (26%) und auch die Zahl derer, die solches staatliches

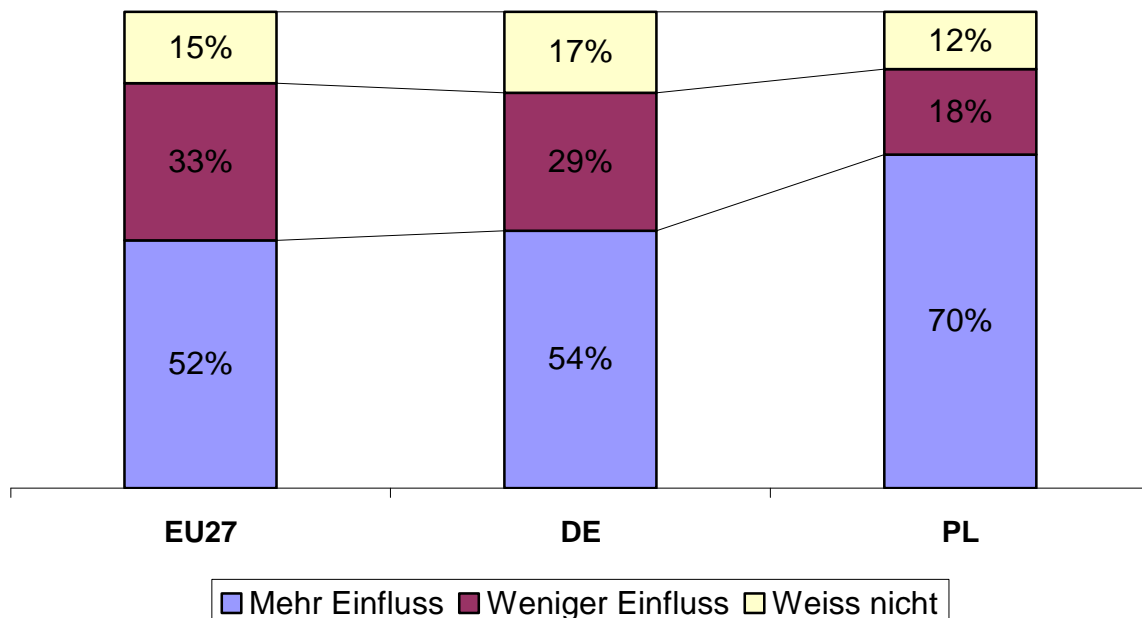
handeln überhaupt nicht als Eindringen empfinden, ist größer (19%, Deutschland: 14%). Als kleinere Unannehmlichkeit, die von den Ergebnissen mehr als aufgewogen wird, empfinden solcherart staatliches Handeln 44% der Befragten.

6. Nationaler Einfluss und Entscheidungsebenen

6.1 Einfluss des eigenen Landes innerhalb der EU

Auf dem europäischen Gipfel war ein zentrales, von der niederländischen Seite vorgebrachtes Thema, die Frage, auf welcher Ebene Entscheidungen innerhalb der Europäischen Union getroffen werden sollten. Mit der Entscheidung, den nationalen Parlamenten mehr Zeit und Rechte für die Prüfung europäischer Gesetzesakte zu geben, ist die Aufmerksamkeit einmal mehr auf die Frage der Entscheidungsebenen verlagert worden. Hintergrund ist der Kampf um Mitbestimmung, Einbindung und Macht innerhalb der EU. Was den Einfluss Deutschlands in der EU angeht, sind die Deutschen optimistischer geworden. 54% (+17 Pp) der Befragten glauben, dass Deutschland in Zukunft an Einfluss gewinnen werde. Europaweit sind das 52% (+10 Pp). Am meisten Optimismus haben neben den Deutschen die Esten (59%, -1 Pp) die Griechen (60%, +8 Pp), Spanier (75%, +26 Pp), Iren (52%, +8 Pp), Italiener (55%, +7 Pp), Litauer (62%, +18 Pp), Malteser (57%, +3 Pp), Polen (70%, +5 Pp), Portugiesen (58%, +14 Pp) und Slovenen (61%, +10 Pp). Das die eigene Stimme in der EU zähle, glauben 86% (+2 Pp) der Deutschen und 66% (-2 Pp) der Europäer. Selbst in europäische Angelegenheiten eingebunden fühlen sich allerdings nur wenige: 29% (+5 Pp) der Deutschen können hier mit ja antworten, wobei der Anstieg auf das Konto der Westdeutschen geht. In Westdeutschland halten sich persönlich 32% (+7 Pp) der Befragten in europäische Angelegenheiten eingebunden, während das in Ostdeutschland nur 21% (-2 Pp) von sich sagen können. Europaweit fühlen sich 24% (+4 Pp) der Befragten sehr in europäische Angelegenheiten eingebunden.

QA34: Zukünftiger Einfluss des eigenen Landes



6.2 Welche Bereiche sollen national oder europäisch entschieden werden?

Welche Probleme national oder europäisch angegangen werden sollen hängt auf der einen Seite von den Problemen selber ab, hat aber immer auch etwas mit dem

verlust von Souveränität der Einzelstaaten gegenüber Brüssel zu tun. (Bitte die einzelnen Kategorien der Grafik nach umstellen)

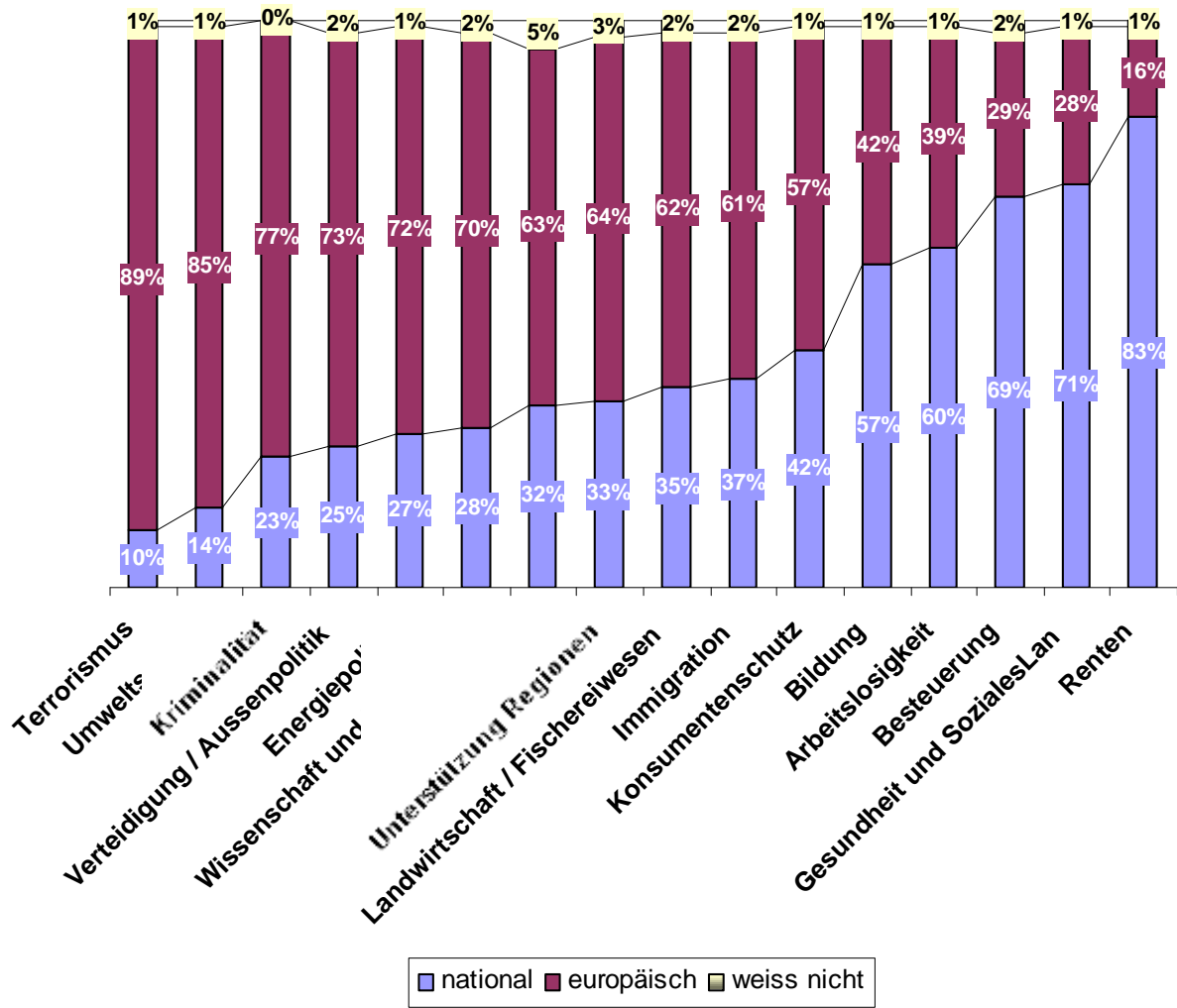
Europäisch gehandelt werden sollte in folgenden Bereichen:

- Kriminalität: Angesichts grenzüberschreitender organisierter krimineller Banden sind sowohl eine Mehrheit der Deutschen (77%, +5 Pp) als auch der EU-Bürger insgesamt (60%, +1 Pp) für gemeinsame Entscheidungen und gemeinsames Handeln der EU und der Mitgliedstaaten. Lediglich in Spanien (49%, +23 Pp), Frankreich (51%, +1 Pp), Irland 53% (-6 Pp) und im vereinigten Königreich (61%, -7 Pp) halten die Befragten rein nationale Entscheidungen für sinnvoller.
- Terrorismus: Den Kampf gegen den Terrorismus sehen dagegen wieder klare mehrheiten in Deutschland (89%, +1 Pp) und Europa (81%, +2 Pp) als europäisches Projekt, das auch auf europäischer Ebene entschieden werden sollte. Lediglich die Türkei sieht – vor dem Hintergrund des Kurdenkonfliktes – den Terrorismus als vornehmlich national zu entscheidenden Politikbereich.
- Verteidigung und Auswärtige Angelegenheiten: Eine Mehrheit der Deutschen (73%, +4 Pp) wie auch der Europäer (62%, -1 Pp) wollen diese Fagen auf europäischer Ebene entschieden wissen. Ausnahmen sind Länder mit einer langen Tradition der Neutralität wie Schweden (54%, -5 Pp), Finnland (80%, +4 Pp) oder auch Großbritannien (56%, -1 Pp) und die Türkei (53%, -3 Pp), die jeweils mehrheitlich für einen Verbleib dieser Politikfelder im nationalen Bereich votieren.
- Immigration: Ein Mehrheit in Deutschland (61%, +5 Pp) und in Europa (59%, +2 Pp) wollen europäische Entscheidungen. Ausnahmen sind Dänemark (57%, +/-0 Pp), Estland (51%, -4 Pp), Österreich (63%, +6 Pp), Finnland (70%, -6 Pp), Schweden (59%, -14 Pp), Großbritannien (59%, -4 Pp) und die Türkei (53%, +/-0 Pp).
- Umweltschutz: Für die Deutschen (85%, +9 Pp) und Europäer (69%, +4 Pp) ein klassisches grenzüberschreitendes Thema. Lediglich in Kroatien (52%, +1 Pp) und der Türkei (53%, +5 Pp) will eine Mehrheit dieses Thema national entscheiden.
- Wissenschaft und technologische Forschung: Für Deutsche (70%, +3 Pp) und Europäer (71%, +1 Pp) ein klassisches Feld für europäische Zusammenarbeit.
- Unterstützung europäischer Regionen: Eine europäische Aufgabe, finden Deutsche (64%, +6 Pp) und Europäer (60%, +3 Pp) insgesamt.
- Energiepolitik: Die Energieversorgung Europas sollte europäisch entschieden werden, finden 72% (+6 Pp) der Deutschen und 61% (+1 Pp) der Europäer. Das Energiefragen vornehmlich nationalen Entscheidungen unterliegen sollten, finden Österreicher (58%, +4 Pp), Finnen (59%, +2 Pp), Briten (52%, +1 Pp) und eine relative Mehrheit (49%, +/- 0 Pp) der Türken.
- Wettbewerb: Diese ureuropäische Thema sollte auch auf europäischer Ebene entschieden werden, finden 63% (+6 Pp) der Deutschen und 57% (+3 Pp) der Europäer. Lediglich die Befragten in der Türkei halten die nationale Ebene für besser (50%, -1 Pp).

Die Entscheidungen auf nationaler Ebene sollte man in folgenden Bereichen belassen:

- Besteuerung: Anderherum sieht es beim Thema Steuern aus. Sowohl eine Mehrheit der Deutschen (69%, -2 Pp) als auch der Europäer (68%, -1 Pp) will bei diesem sensiblen Thema möglichst „nah dran“ sein und die Entscheidungen über Steuerfragen auf der nationalen Ebene belassen.
- Arbeitslosigkeit: Auch in diesem Politikbereich wollen Deutsche (60%, -2 Pp) wie Europäer (58%, -1 Pp) die Zuständigkeiten auf nationaler Ebene belassen. Ausnahmen sind Griechenland (53%, +1 Pp), Zypern (57%, +6 Pp), Portugal (55%, -1 Pp) wo eine Mehrheit auf diesem Gebiet europäische Entscheidungen fordert. Relative Mehrheiten für europäische Entscheidungen in der Arbeitsmarktpolitik finden sich in der Türkei (49%, -1 Pp) und in Polen (49%, -6 Pp).
- Bildung: Ein klassisch nationalstaatlicher Entscheidungsbereich ist das Bildungssystem. Hier ist eine Mehrheit der Deutschen (57%, -12 Pp) und Europäer (64%, -4 Pp) gegen europäische Entscheidungen. Lediglich Slovenien (51%, +7 Pp) und Zypern (50%, +2 Pp) können sich eine Zusammenarbeit zwischen Nationalstaatne und EU vorstellen.
- Renten: Ein klassischer Bereich für nationale Entscheidungen – finden Deutsche (83%, +/-0 Pp) wie Europäer (72%, -2 Pp). Lediglich die Zyprioten (55%, +13 Pp) können sich gemeinsame Entscheidungen zu diesem Thema zwischen Zypern und der EU vorstellen.
- Gesundheit und Soziales: Wiederum ein Thema für nationale Entscheidungsfindung, denken 71% (-3 Pp) der Deutschen und 66% (-2 Pp) der Europäer. Auf europäischer Ebene entschieden sehen möchte dieses Thema lediglich eine relative Mehrheit der Befragten in der Türkei (48%, -3 Pp) und eine Mehrheit der Zyprioten (68%, +2 Pp).
- Landwirtschaft und Fischereiwesen: Für Deutsche (62%, +4 Pp) und Europäer (50%, +1 Pp) ist dieses Politikfeld eher für gemeinschaftliche Entscheidungen geeignet.
- Konsumentenschutz: Bei diesem Thema scheiden sich die Geister. Die Deutschen sind mehrheitlich für gemeinsame Entscheidungen mit und in der EU (57%, +4 Pp). Europaweit sind 48% für und genauso viele der Befragten gegen gemeinsame Entscheidungen.

QA20: Soll auf nationaler oder europäischer Ebene entschieden werden?

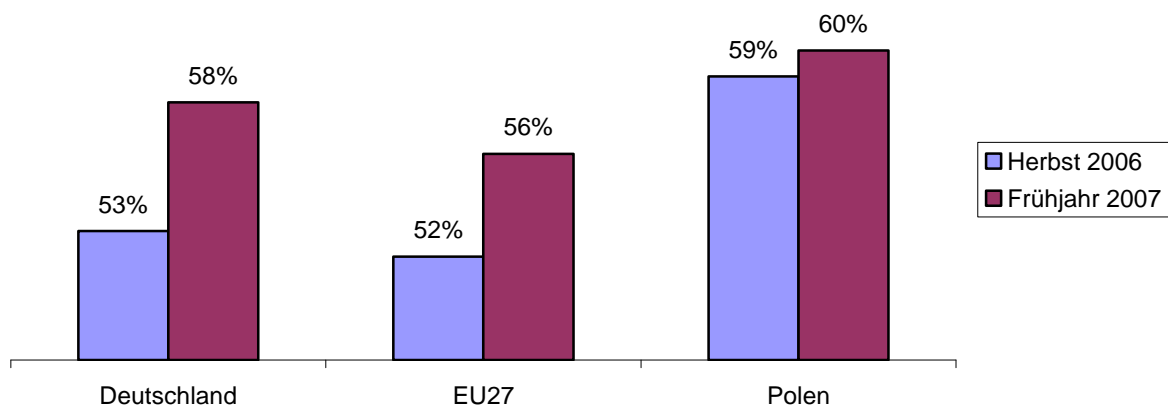


7. Vertrauen in die europäische und nationale Institutionen

7.1 Europäische Institutionen

Dem Europäischen Parlament trauen 58% (+5 Pp) der Deutschen und 56% (+4 Pp) der Europäer. Im türkischen Teil Zyperns ist das Mißtrauen der Menschen größer als das Vertrauen (42% vs. 41%). Und auch in Großbritannien entspannt sich das Verhältniss nur langsam: immer noch mißtrauen 46% (-6 Pp) dem Europäischen Parlament. Negativ sind die Werte ebenfalls in der Türkei (Mißtrauen: 38%, -2 Pp vs. Vertrauen: 24%, -10 Pp), wo die Menschen anscheinend zunehmend verunsichert sind (weiß nicht: 38%, +12 Pp). In Kroatien dagegen wächst das Mißtrauen dem Europäischen Parlament gegenüber eindeutig (47%, +13 Pp). Das Vertrauen in die Europäische Kommission steigt europaweit leicht an (52%, +4 Pp). Das gilt auch für Deutschland (49%, +7 Pp). Am wenigsten vertrauen auch hier wieder die Kroaten (49%, +13 Pp), die Briten (42%, -6 Pp) und die Österreicher (41%, +1 Pp) der Europäischen Kommission. Dem Europäischen Rat vertrauen 47% (+4 Pp) der Europäer und 46% (+7 Pp) der Deutschen. Der Europäischen Zentralbank vertrauen 65% der Deutschen (+5 Pp) und 53% (+6 Pp) der Europäer – ein Indiz dafür, dass sich die Gemeinschaftswährung weiter etabliert und den zwei auf dem Brüssler Gipfel Ende Juni 2007 aufgenommenen Länder (Malta und Zypern) weitere Länder folgen werden. Selbst in Großbritannien steigt das Vertrauen in die Europäische Zentralbank parallel zum langsam steigenden Bekanntheitsgrad der Institution an.

QA15: Vertrauen in die Europäische Kommission



7.2 Nationale Institutionen

Um den Grad des Vertrauens in die Europäischen Institutionen besser einschätzen zu können, wird regelmäßig das Vertrauen der Bürger in nationale, staatliche und nichtstaatliche Institutionen abgefragt. So mißtraut eine knappe relative Mehrheit der Europäer der Presse ihrer Länder (48%, -1 Pp). In Deutschland sehen 51% (-1 Pp) die Berichterstattung der Presse kritisch, wobei hier die Einschätzungen in Ost- und Westdeutschland auseinanderlaufen. 58% (+5 Pp) der Ostdeutschen trauen der nationalen Presse wenig, während es in Westdeutschland 49% (-3 Pp) sind. Äußerst wenig Vertrauen haben die Befragten in Ungarn in die vierte Macht in ihrem Land (64%, +6 Pp) mißtrauen ihr. Ähnlich hoch ist das Mißtrauen in Schweden (62%, +5 Pp), der Türkei (61%, +3 Pp) und Kroatien (60%, +/-0 Pp). Die Befragten beider

Länder haben aber alles in allem immer noch ein gutes Bild ihrer Presse, vergleicht man die Geringschätzung, die die Briten ihren Journalisten entgegen bringen (77%, +1 Pp Mißtrauen).

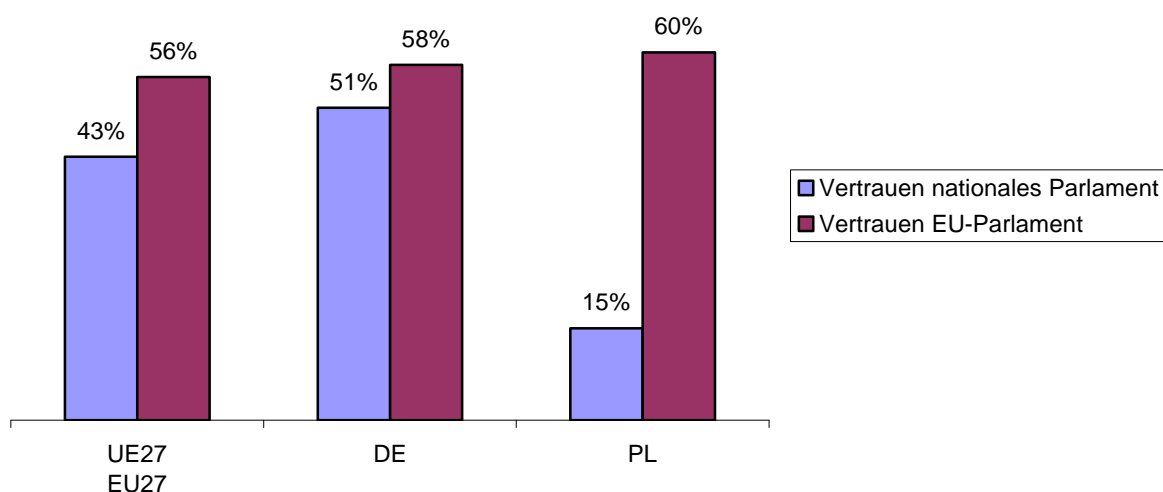
Im Gegensatz zur gedruckten Presse kommt das Radio in Hinsicht auf das Vertrauen der Menschen gut weg. Europaweit vertrauen diesem Medium 66% (+3 Pp) der Befragten. In Deutschland beträgt die Zahl 69% (+4 Pp). Auch dem Fernsehen vertrauen mehr Menschen als der Presse. In Deutschland 62% (+5 Pp) und in Europa 58% (+5 Pp). Lediglich in der Türkei tendieren die Befragten eher dazu, dem Fernsehen zu mißtrauen (Mißtrauen: 50%, -2 Pp vs. Vertrauen: 46%, +2 Pp).

Der lange erwartete Mediennutzungswandel von traditionellen zu neuen Medien (unter dem Sammelbegriff ‚Internet‘) geht langsam vonstatten. Immerhin vertrauen mittlerweile 39% (+4 Pp) der Befragten in Europa und 33% (+4 Pp) in Deutschland dem Internet als Informationsquelle. Vorreiter bei diesem Medium sind Tschechen (62%, +7 Pp), die Befragten auf Malta (52%, +16 Pp) und Niederländer 55%, (+8 Pp). Europaweit spielt vor allem das Alter eine Rolle. Unter den 15-24 Jährigen vertrauen 59% dem Internet, während es unter den 25-39Jährigen noch 48%, den 40-54Jährigen 41% und bei den über 55Jährigen nur noch 20% sind. Für Deutschland liest sich die Reihe für das Vertrauen in Informationen aus dem Internet für die selbe Reihenfolge der Altersgruppen so: 58% / 40% / 37% / 16%.

Einen erstaunlichen Zuwachs an Vertrauen haben europaweit (41%, +11 Pp) und in Deutschland (49%, +22 Pp) die nationalen Regierungen erfahren. Ausreißer aus diesem, für die Regierungen erfreulichen Trend sind Litauen (75%, +14 Pp Mißtrauen). Rumänien (72%, +7 Pp Misstrauen), Slovenien (60%, +7 Pp) und Kroatien (78%, +2 Pp). Auch in Polen verharrt das Mißtrauen der Bevölkerung der eigenen Regierungen gegenüber auf hohem Niveau (76%, -3 Pp Mißtrauen). In der Türkei dagegen wächst das Vertrauen – trotz Massenproteste und Staatskrise - in die Regierung Erdogan auf 71% (+8 Pp).

Auch die nationalen Parlamente haben einen bedeutenden Zuwachs an Vertrauen zu verzeichnen. Europaweit steigt dieser Wert von 33% auf 44%. In Deutschland gewinnt der Bundestag gar um 20 Pp auf 51%. In Lettland und Litauen verlieren die

QA15/16: Vertrauen in nationales vs. Europäisches Parlament



Parlamente weiter an Vertrauen (18%, -6 Pp und 15%, -1 Pp). Dasselbe Bild ist in Rumänien (Vertrauen: 19%, -5 Pp) und Ungarn (26%, -1 Pp) zu beobachten. Das Mißtrauen der polnischen Bevölkerung gegenüber dem eigenen Parlament stagniert

auf hohem Niveau (Mißtrauen: 79%, -3 Pp), während 60% (+1 Pp) der Befragten dem Europäischen Parlament vertrauen.

Die Europäische Union hat ihre Vertrauenskrise überwunden. 57% (+12 Pp) der befragten Europäer geben an, der Union zu vertrauen. In Deutschland sind es 56% (+18 Pp). Am meisten vertrauen Belgier (73%, +12 Pp) und Esten der Europäischen Union (72%, +11 Pp).

8. Unterstützung für zusätzliche Erweiterung der EU

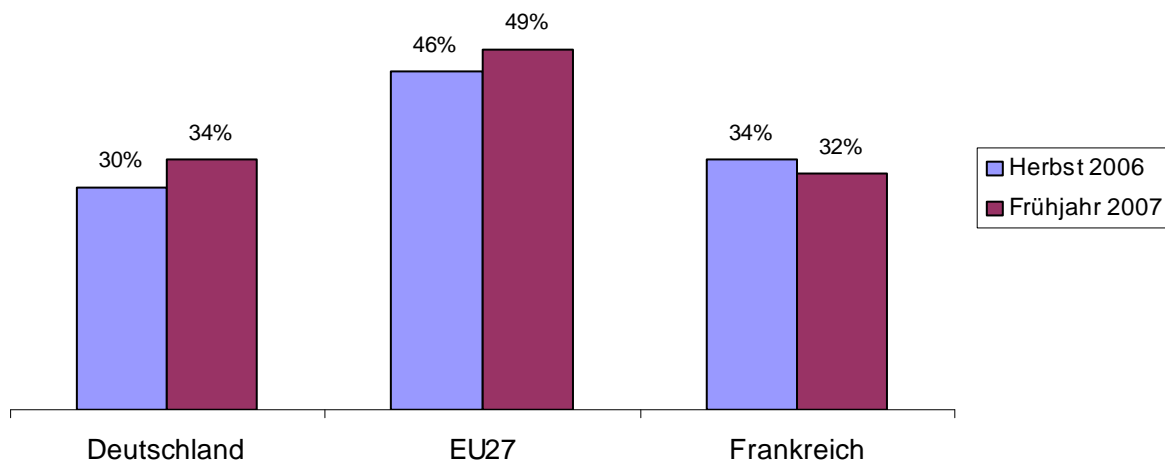
8.1 Einschätzung der Erweiterung

Einer der umstrittensten Politikbereiche der letzten Jahre war die die Erweiterung der Europäischen Union. Nach der Euphorie der „Wiedervereinigung“ Mitteleuropas durch die Aufnahme der Baltischen Staaten, Ungarns, Polens, Tschechiens und der Slowakei war die Unterstützung der Erweiterung um Rumänien und Bulgarien schon wesentlich kleiner. Die Frage, ob die Türkei Mitglied der Europäischen Union werden soll, spaltet die EU. Im aktuellen Eurobarometer wird nach den Erfahrungen der Europäer mit der 10-Länder-Erweiterung von 2004 gefragt. Immerhin beinahe jeder fünfte Deutsche (18%) gibt an, dass die Erweiterung einen positiven Einfluss auf die EU gehabt habe. 20% der Befragten sehen das nicht so, während 35% keine Meinung dazu haben. Europaweit sind die Zahlen ähnlich.

8.2 Zusätzliche Erweiterung der EU

Generell scheint die Bereitschaft der Europäer (49%, +3 Pp) und auch der Deutschen (34%, +4 Pp) für erneute Erweiterungen der EU zu steigen. Immer noch lehnt allerdings in Deutschland eine Mehrheit eine Erweiterung ab (59%, -5 Pp). In der EU finden sich die Erweiterungsbefürworter vor allem in den 10 bzw. 12 Neuen Mitgliedsstaaten (NEM). Dort sind 70% bzw. 68% für die Aufnahme neuer Länder.

QA27.4: Zustimmung zu Erweiterung



9. Persönliche Situation und Erwartungen

9.1 Zufriedenheit mit dem eigenen Leben

Deutsche (86%, +4 Pp) und Europäer (80%, -2 Pp) sind zufrieden mit dem Leben, dass sie führen. In Ostdeutschland ist dabei der vAnstieg der Zufriedenheit etwas stärker (10 Pp auf 80%) als im Westen (3 Pp auf 88%). Am zufriedensten in Europa sind die Dänen (97%, +/-0 Pp), gleichauf die Niederländer (97%, +2 Pp) und Schweden (97%, -1 Pp), während die Bulgaren ebenfalls immer noch am unzufriedensten sind (Unzufriedenheit: 63%, +1 Pp). **(QA3)**

9.2 Erwartungen an die nächsten 12 Monate

Für die kommenden 12 Monate sehen die meisten Deutschen keine großen Veränderungen in ihrem persönlichen Leben voraus. 62% (+/-0 Pp) glauben, dass alles bleibt, wie es ist. Der Teil der Deutschen, der von einer Verbesserung seiner persönlichen Situation ausgeht, ist etwas gestiegen, auf 25% (+5 Pp), während der Teil der Deutschen, die pessimistisch sind, weiter fällt (11%, -5 Pp). Europaweit herrscht ebenfalls leichter Optimismus. 37% (+2 Pp) der befragten EU-Bürger gehen davon aus, dass ihr Leben sich im nächsten Jahr verbessern wird. 11% (+1 Pp) glauben, dass es schlechter werden wird und 49% (-3 Pp) glauben, dass alles so bleibt, wie es ist. Europaweit ist – nach den Studenten (59%) – die optimistischste Gruppe die der Arbeitslosen. 48% glauben, dass ihr Leben in den nächsten 12 Monaten besser wird. In Deutschland sind die Zahlen ähnlich. Die gute Konjunktur macht ebenfalls die Gruppe der Arbeitslosen zu den optimistischsten Deutschen (44%) nach den Studenten (50%), was die eigene Zukunft angeht. Optimismus herrscht auch bei der Frage, wie die wirtschaftliche Lage des eigenen Landes sich in den nächsten 12 Monaten verändern wird. 41% der Deutschen (+18 Pp) erwartet eine wachsende Wirtschaft und nur noch 19% (-21 Pp) erwarten eine Verschlechterung der Lage. In Europa ist der Optimismus nicht ganz so groß: 28% (+8 Pp) erwarten eine positive Entwicklung der eigenen Volkswirtschaft, während immer noch 27% (-7 Pp) ein weiteres Absinken der Konjunktur befürchten. Mit diesen Werten stehen die Deutschen was Optimismus angeht an der europäischen Spitze.

(GRAFIK)

Auch die Entwicklung der finanziellen Situation des eigenen Haushaltes wird von den Deutschen (18%, +5 Pp) und Europäern (27%, +2 Pp) optimistischer eingeschätzt als noch im Herbst 2006. Dabei trägt für das deutsche Stimmungsbild vor allem auch die Einschätzung der Ostdeutschen bei. Dass sich ihre finanzielle Situation verbessern wird, glauben doppelt so viele (18%) Befragten als noch im Herbst 2006. Dass es finanziell schlechter gehen wird, davon sind noch 25% überzeugt – ein Absinken um 10 Pp. Dass alles so bleibt, wie es ist, glauben 57% (+2 Pp).

Der Optimismus der Deutschen speist sich wohl vor allem aus der endlich anspringenden Konjunktur und der damit verbundenen Erholung auf dem Arbeitsmarkt. Die Erwartung an die Entwicklung der Arbeitsmarktsituation in den nächsten 12 Monaten ist dementsprechend positiv: 44% (+20 Pp) glauben an ein Zurückgehen der Arbeitslosigkeit. Nur noch jeder fünfte ist pessimistisch (21%, -16 Pp). Europaweit sehen 31% (+9 Pp) eine Verbesserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt voraus und 27% (-6 Pp) sehen nach wie vor pessimistisch in die Zukunft.

Häufig wird die allgemeine Lage schlechter eingeschätzt als die eigene Situation („es wird schon die anderen treffen“) – bei der diesjährigen Befragung ist es

andersherum. Während die allgemeine Lage, z.B. auf dem Arbeitsmarkt, geradezu euphorisch bewertet wird, werden die eigenen Aussichten etwas zurückhaltender bewertet. 19% (+4 Pp) der Deutschen glauben, dass sich ihre persönliche Jobsituation in den nächsten 12 Monaten verbessern wird. 8% (-1 Pp) glauben eher an das Gegenteil und eine Mehrheit von 64% (-4 Pp) erwartet keine Änderungen der Situation. Die europaweiten Zahlen sind ähnlich. 23% (+1 Pp) erwarten eine Verbesserung ihrer persönlichen Situation, 8% (+1 Pp) gehen von einer Verschlechterung aus und 60% (-2 Pp) glauben, das alles so bleibt wie bisher. Wenn die Deutschen fünf Jahre in die Vergangenheit zurücksehen, dann finden 29% (Europa: 38%, -1 Pp) das sich ihre Situation verbessert hat, 35% (-3 Pp) (Europa: 33%, -2 Pp) glauben, das sich nichts verändert hat und 35% (+3 Pp) (Europa: 28%, +3 Pp) finden, das ihre Situation schlechter geworden ist. In den nächsten fünf Jahren wird sich ihre persönliche Situation verbessern, glauben 30% (+4 Pp) der Deutschen und 43% (+2 Pp) der Europäer. Das alles bleiben wird wie bisher, erwarten 38% (-2 Pp) der Europäer und 47% (-1 Pp) der Deutschen. Das ihr Leben sich insgesamt verschlechtern wird, davon gehen 20% (-3 Pp) der Deutschen und 14% (+/-0 Pp) der Europäer aus.

9.3 Einschätzung Deutschlands im Vergleich mit den anderen EU-Staaten

Zum europäischen Bewußtsein gehört auch eine möglichst genaue und pragmatische Einschätzung der eigenen Situation innerhalb der Union. Diese Bewertung der eigenen Situation ist wegen der ungleich gewichteten Berichterstattung, Sprachbarrieren und fehlendem Wissen natürlich immer schwierig. Ein europäisches Bewußtsein hängt aber zu großen Teilen von einer solchen ausgewogenen Einschätzung ab. Im aktuellen Eurobarometer wird u.a. gefragt, wie die Deutschen ihre eigene Volkswirtschaft im Vergleich zu den anderen europäischen Volkswirtschaften bewerten. 64% (+17 Pp) halten die deutsche Volkswirtschaft für leistungsfähiger als die der anderen EU-Staaten – wiederum ein Indiz für die gute Stimmung hierzulande. Auf die gleiche Frage sind die anderen Europäer zurückhaltender: 38% (-3 Pp) halten ihre eigene Ökonomie für momentan leistungsfähiger als die der anderen Mitgliedsstaaten. Wie schon zuvor, schlägt der momentane Optimismus der Deutschen auch bei der Arbeitsmarktsituation durch. 40% (+23 Pp) der Deutschen halten die eigene Jobsituation besser als die in den anderen EU-Ländern. Europaweit liegt dieser Durchschnitt bei 32% (+2 Pp). Während in Europa die Menschen im Schnitt die soziale Situation in ihrem Land im Vergleich zur Gesamt-EU ein wenig schlechter einschätzen als bei der vorgerigen Befragung, sind hier die Deutschen zu 61% (+1 Pp) ebenfalls überzeugt, trotz aller Reformen und Leistungsbeschränkungen, den leistungsfähigsten Sozialstaat in der EU zu besitzen. Bei der Frage, wie das eigene Bildungssystem im Vergleich mit denen der anderen EU-Staaten einzuschätzen ist, ändert sich das Bild. Eine Mehrheit (57%, +1 Pp) ist – nach den Debatten um PISA & Co. – der Meinung, dass das eigene Bildungssystem mit dem der anderen Staaten nicht konkurrieren könne. Europaweit sind immerhin 39% (-1 Pp) von der Güte des eigenen Bildungssystems überzeugt. Bei der Frage, wie die Lebensqualität in Deutschland verglichen mit den anderen EU-Ländern abschneidet, sind sich die Deutschen wieder mehrheitlich sicher, dass es sich an wenigen Orten in der EU so gut leben lässt, wie in Deutschland (67%, +6 Pp). Bei dieser Frage tut sich in Europa ein Riß zwischen den alten Mitgliedsstaaten und den neu hinzugekommenen auf in den alten EU15 halten 59% die Lebensqualität in ihren Ländern für besser als in den anderen Ländern, während in den neu hinzugekommenen Ländern (NEM12) nur 12% dieser Meinung

sind. Auf die Frage schließlich, wie sie die Situation der Umwelt ihres Landes im Vergleich mit den anderen EU-Staaten beurteilen, sind die Deutschen zufrieden (73%, +3 Pp). Der europäische Durchschnittswert liegt um 30% niedriger (43%, -5 Pp).

10. Wissen und Information über die EU

10.1 Verständnis der Funktionsweise der Europäischen Union

Jeder zweite Deutsche glaubt, die Funktionsweise der Europäischen Union zu verstehen. Europaweit glauben das von sich 43% der Befragten.

10.2 Quiz

Um den Wissenstand ansatzweise testen zu können, wird in jedem Eurobarometer ein kleines Quiz veranstaltet. Diesmal wurden die Bürger gefragt

- a. Wieviele Mitgliedstaaten die Europäische Union aktuell hat
- b. Ob die Mitglieder des Europäischen Parlaments direkt von den Bürger der Union gewählt werde
- c. Ob alle sechs Monate ein anderer Mitgliedsstaat die Präsidentschaft der EU ausübt

Frage a) konnten 57% (+21 Pp) der Deutschen und ebenfalls 57% (+12 Pp) der Europäer richtig beantworten. Frage b) beantworteten 42% (-2 Pp) der Deutschen und 45% (-4 Pp) der Europäer richtig, während Frage c) von 64% (+12 Pp) der Deutschen und 49% (+2 Pp) der Europäer richtig beantworten konnten. **[Grafik]**

10.3 Informationsstand der Deutschen über die EU

Gefragt nach der Einschätzung, wie gut die Deutschen insgesamt über die EU Bescheid wissen, ist das Ergebniss weniger gut. 72% der Deutschen glauben nicht, dass ihre Landsleute gut über die Europäische Union informiert sind. Im europäischen Durchschnitt ist diese Zahl ähnlich (75%).

10.4 Spezifisches Wissen über europäische Entscheidungen und Maßnahmen in bestimmten Politikbereichen

68% der Europäer glauben nicht, dass ihre Landsleute über Maßnahmen der EU zur Verbrechensbekämpfung Bescheid wissen. In Deutschland glauben die Befragten ebenfalls mehrheitlich nicht, dass ihre Landsleute über die Aktivitäten der EU in diesem Bereich informiert sind.

Gleiches gilt für europäische Steuerfragen und die Position der EU dazu. 68% der Deutschen und 69% der Europäer glauben nicht, dass die Bevölkerungen ihrer Länder gut über die jeweilige Politik der EU informiert ist.

Obwohl immer wieder der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit – vor allem von deutscher Seite aus – als Kernaktivität der EU gefordert wird, ist der Informationsstand der Deutschen nach eigener Einschätzung über diesbezügliche Aktivitäten auf EU-Ebene bescheiden. 66% glauben nicht, dass ihre Landsleute ausreichend über dieses Politikfeld informiert sind. Im europäischen Durchschnitt ist der Informationsstand nach eigene Einschätzung noch niedriger (72%).

Gleiches gilt für den Kampf gegen den Terrorismus. Nur 38% der Deutschen und 29% der Europäer insgesamt glauben, dass die Bevölkerungen ihrer Länder gut über Aktivitäten, Entscheidungen und politische Strategien in diesem Politikfeld informiert sind.

Mit der selber eingestandenen Unwissenheit geht es auch in bezug auf Verteidigung

und Auswärtige Angelegenheiten weiter. 61% der Deutschen und 69% der Europäer halten sich und ihre Landsleute für schlecht informiert. Dieser selbst eingestandene Mangel an Information gilt für die europäische Einwanderungspolitik (Deutschland: 71%, Europa: 70%) und auch für den Umweltschutz. Allerdings sind in diesem Politikfeld die Zahlen derer, die glauben, dass ihre Landsleute gut informiert sind, ein wenig höher (Deutschland 43%, Europa: 31%). **[Grafik]**

Was die EU im Bereich Gesundheitsfürsorge tut, ist den meisten Deutschen (66%) und Europäern (68%) weitgehend unbekannt. Ebenso ihre Aktivitäten in der Landwirtschaftspolitik (Deutschland: 70%, Europa: 69%), im Verbraucherschutz (Deutschland: 63%, Europa: 69%), in der Forschungspolitik (Deutschland: 69%, Europa: 74%), bei der Unterstützung der Regionen (Deutschland: 71%, Europa: 74%), in der Energiepolitik (Deutschland: 61%, Europa: 68%), in der Wettbewerbspolitik (Deutschland: 70%, Europa: 73%), im Transportwesen (Deutschland: 57%, Europa: 65%) oder im Wirtschaftsbereich (Deutschland: 59%, Europa: 68%).

10.5 Wissen über Maßnahmen in anderen Ländern

Neben Wissen über Aktivitäten und politische Ziele der Europäischen Union ist für ein Verständnis europäischer Politik und damit für ein europäisches politisches Bewußtsein auch Wissen über Maßnahmen, Aktivitäten und Politik der anderen Mitgliedsländer in den einzelnen Feldern von Bedeutung. Im aktuellen Eurobarometer wurde auch zu diesen Themen die Einschätzung des Wissensstandes der jeweils eigenen Landsleute abgefragt.

73% der Deutschen glauben nicht, dass ihre Landsleute oder sie selbst gut über die Maßnahmen der anderen Mitgliedsländer auf verschiedenen Politikgebieten informiert sind.

10.6 Informationsquellen

Deutsche und Europäer informieren sich über die Europäische Union vor allem durch das Fernsehen (Deutschland: 79%, -3 Pp, Europa: 63%, -70 Pp), Tageszeitungen (Deutschland: 62%, +/- 0 Pp, Europa: 41%, +/-0 Pp), Radio (Deutschland: 34%, -13 Pp, Europa: 26%, -5 Pp), Internet (Deutschland: 30%, +5 Pp, Europa: 28%, +5 Pp) und in Diskussionen mit Verwandten und Freunden (Deutschland: 23%, -8 Pp, Europa: 21%, -1 Pp).

- d. QA45: Wie kann die EU Schülern und Studenten näher gebracht werden

11. Schlussfolgerungen

Die deutsche Ratspräsidentschaft war im Januar 2007 mit einem ehrgeizigen Programm gestartet. Nach den zwei Jahren der sogenannten Reflexionsphase gab es auf verschiedenen Feldern Handlungsbedarf. Wichtige Punkte auf der Agenda waren

- die Wiederbelebung des europäischen Verfassungsprozess, zumindest in Form eines ‚Fahrplans‘ des weiteren Vorgehens
- die Stärkung der internationalen Rolle der EU
- die Entwicklung einer europäischen Position im Kampf gegen den Klimawandel
- die Förderung eines sicheren und sozialen Europas
- die Ankurbelung der europäischen Wirtschaft

Wie der vorliegende Eurobarometer 67 zeigt, decken sich diese Punkte mit den Wünschen der Europäer an die EU. Während der deutschen Ratspräsidentschaft konnte sich die Europäische Union aus der Erstarrung der letzten zwei Jahre befreien. Mit der Beauftragung einer Regierungskonferenz, die bis 2009 einen Europäischen Grundlagenvvertrag ausarbeiten wird, wurde den auch im aktuellen Bericht mehrheitlich geäußerten Wunsch nach einer Verfassung entsprochen – auch wenn diese nicht mehr so heißt.

Ebenfalls den Wünschen der Europäer entsprochen wurde mit der Entscheidung des Aufbaus aussenpolitischer Institutionen und einer zentralen, dafür zuständigen Funktion („Hoher Vertreter der Europäischen Union für Aussen- und Sicherheitspolitik“) – auch wenn sich die Staats- und Regierungschefs nicht darauf einigen konnten, das Amt auch Aussenminister zu nennen. Abzuwarten – und möglicherweise in zukünftigen Befragungen zu erfahren – bleibt, ob im allgemeinen Sprachgebrauch der „Hohe Vertreter“ nicht einfach zum Aussenminister gemacht werden wird.

Hinsichtlich des sozialen Charakters der Union ist es im Verlauf des letzten halben Jahres gelungen, einer im Eurobarometer immer wieder von den Befragten geäußerten Erwartung zu entsprechen, nämlich der, Europa sicherer und sozialer zu machen. Die von allen Staaten ausser Großbritannien verabschiedete Sozialcharta verleiht allen Europäern die gleichen sozialen Grundrechte und fördert auf diese Weise ein Gemeinschaftsgefühl vom einzelnen Bürger aus.

Schließlich hat sich die EU einem der drängendsten Problem unserer Zeit offensiv gestellt: dem globalen Klimawandel. Eine überwältigende Mehrheit der Europäer und der Deutschen unterstützt diesen Kurs. Es bleibt abzuwarten, wie sich konkrete Maßnahmen in Zukunft im Meinungsbild niederschlagen werden. Das Mandat der Bürger der Union im Moment aber könnte nicht klarer sein. Klimaschutz ist ein globales Problem und die EU die richtige Ebene, damit umzugehen.

Auffallend am aktuellen Eurobarometer 67 ist der stark gestiegene Optimismus, vor allem, aber nicht nur, der Deutschen. Dieser Umstand scheint zu einem Großteil auf die anspringende Konjunktur in Deutschland zurückzuführen sein. Möglicherweise zeigt aber auch die seit zwei Jahren intensive vermittlung europäischer Themen an die Bürger Wirkung.

12. Technische Spezifikationen

EUROBAROMETER "Standard" 67.2 TECHNICAL SPECIFICATIONS

Between the 10th of April and the 15th of May 2007, TNS Opinion & Social, a consortium created between Taylor Nelson Sofres and EOS Gallup Europe, carried out wave 67.2 of the EUROBAROMETER, on request of the EUROPEAN COMMISSION, Directorate General Communication, "Public Opinion and Media Monitoring".

The STANDARD EUROBAROMETER 67.2 is part of wave 67.2 and covers the population of the respective nationalities of the European Union Member States, resident in each of the Member States and aged 15 years and over. The STANDARD EUROBAROMETER 67.2 has also been conducted in the two candidate countries (Croatia and Turkey) and in the Turkish Cypriot Community. In these countries, the survey covers the national population of citizens and the population of citizens of all the European Union Member States that are residents in these countries and have a sufficient command of the national languages to answer the questionnaire. The basic sample design applied in all states is a multi-stage, random (probability) one. In each country, a number of sampling points was drawn with probability proportional to population size (for a total coverage of the country) and to population density.

In order to do so, the sampling points were drawn systematically from each of the "administrative regional units", after stratification by individual unit and type of area. They thus represent the whole territory of the countries surveyed according to the EUROSTAT NUTS II (or equivalent) and according to the distribution of the resident population of the respective nationalities in terms of metropolitan, urban and rural areas. In each of the selected sampling points, a starting address was drawn, at random. Further addresses (every Nth address) were selected by standard "random route" procedures, from the initial address. In each household, the respondent was drawn, at random (following the "closest birthday rule"). All interviews were conducted face-to-face in people's homes and in the appropriate national language. As far as the data capture is concerned, CAPI (*Computer Assisted Personal Interview*) was used in those countries where this technique was available.

ABBREVIATIONS	COUNTRIES	INSTITUTES	N° INTERVIEWS	FIELDWORKDATES	POPULATION 15+
BE	Belgium	TNS Dimarso	1011	11/04/2007 07/05/2007	8.650.994
BG	Bulgaria	TNS BBSS	1039	13/04/2007 26/04/2007	6.671.699
CZ	Czech Rep.	TNS Aisa	1043	13/04/2007 04/05/2007	8.571.710
DK	Denmark	TNS Gallup DK	1002	10/04/2007 14/05/2007	4.411.580
DE	Germany	TNS Infratest	1513	10/04/2007 09/05/2007	64.361.608
EE	Estonia	TNS Emor	1005	16/04/2007 14/05/2007	887.094
EL	Greece	TNS ICAP	1000	10/04/2007 08/05/2007	8.693.566
ES	Spain	TNS Demoscopia	1000	10/04/2007 10/05/2007	37.024.972
FR	France	TNS Sofres	1013	10/04/2007 08/05/2007	44.010.619
IE	Ireland	TNS MRBI	1000	10/04/2007 10/05/2007	3.089.775
IT	Italy	TNS Abacus	1010	10/04/2007 08/05/2007	48.892.559
CY	Rep. of Cyprus	Synovate	502	11/04/2007 07/05/2007	596.752
CY(tcc)	Turkish Cypriot Community	KADEM	500	10/04/2007 06/05/2007	157.101
LV	Latvia	TNS Latvia	1013	13/04/2007 15/05/2007	1.418.596
LT	Lithuania	TNS Gallup Lithuania	1018	10/04/2007 05/05/2007	2.803.661
LU	Luxembourg	TNS ILReS	511	10/04/2007 07/05/2007	374.097
HU	Hungary	TNS Hungary	1006	12/04/2007 10/05/2007	8.503.379
MT	Malta	MISCO	500	10/04/2007 30/04/2007	321.114
NL	Netherlands	TNS NIPO	1009	10/04/2007 10/05/2007	13.030.000
AT	Austria	Österreichisches Gallup-Institut	1011	10/04/2007 01/05/2007	6.848.736
PL	Poland	TNS OBOP	1000	10/04/2007 02/05/2007	31.967.880
PT	Portugal	TNS EUROTESTE	1011	14/04/2007 07/05/2007	8.080.915
RO	Romania	TNS CSOP	1019	10/04/2007 08/05/2007	18.173.179
SI	Slovenia	RM PLUS	1013	10/04/2007 09/05/2007	1.720.137
SK	Slovakia	TNS AISA SK	1106	13/04/2007 01/05/2007	4.316.438
FI	Finland	TNS Gallup Oy	1038	16/04/2007 09/05/2007	4.348.676
SE	Sweden	TNS GALLUP	1005	10/04/2007 10/05/2007	7.486.976
UK	United Kingdom	TNS UK	1319	10/04/2007 07/05/2007	47.685.578
HR	Croatia	Puls	1000	10/04/2007 07/05/2007	3.722.800
TR	Turkey	TNS Piar	1005	10/04/2007 10/05/2007	47.583.830
TOTAL			29222	10/04/2007 15/05/2007	444.406.021

For each country a comparison between the sample and the universe was carried out. The Universe description was derived from Eurostat population data or from national statistics offices. For all countries surveyed, a national weighting procedure, using marginal and intercellular weighting, was carried out based on this Universe description. In all countries, gender, age, region and size of locality were introduced in the iteration procedure. For international weighting (i.e. EU averages), TNS Opinion & Social applies the official population figures as provided by EUROSTAT or national statistic offices. The total population figures for input in this post-weighting procedure are listed above.

Readers are reminded that survey results are estimations, the accuracy of which, everything being equal, rests upon the sample size and upon the observed percentage. With samples of about 1,000 interviews, the real percentages vary within the following confidence limits:

Observed percentages	10% or 90%	20% or 80%	30% or 70%	40% or 60%	50%
Confidence limits	± 1.9 points	± 2.5 points	± 2.7 points	± 3.0 points	± 3.1 points

13. Fragebögen